

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

57. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 12. Juli 1919

Anzeigenpreis: Verlags-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklamenzettel 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 78

Gewalt richtet sich selbst!

Noch ist kein Jahr vergangen, seitdem die mächtigste und brutalste Gewalt in Deutschland ihren Zusammenbruch erlebt hat. Die deutsche Unterschrift unter den Friedensvertrag von Versailles ist die urchundliche Bestätigung des traurigsten Bankrotts dieser ehemaligen Gewalt Herrschaft. Daran ändert auch der Geist dieses Friedensvertrags nicht das geringste. Er ist und bleibt selbst ein Dokument der Gewalt gegen ein wehrloses, von eigener früherer Gewalt Herrschaft zermürbtes Volk. Das dieses zerrüttete und zerbrochene Volk durch seine Vertreter diesen Gewaltvertrag unterzeichnet und sich diesem Geiste der Gewalt unterworfen hat, kann nur der als Schwäche oder unwürdige Erniedrigung bezeichnet und beurteilt, der in seinem Innern selbst mit dem Gewaltmenschenum sympathisiert. Wer aber in seinem Innern noch ein Gefühl der Achtung vor höheren sittlichen und kulturellen Ideen hat, der wird keineswegs davon überzeugt sein, daß Gewalt nur durch Gewalt gebrochen werden könnte. Er wird in der rohen, dem Auge sichtbaren und körperlich fühlbaren Gewalt nur die Auswirkung einer Gesinnung erkennen, die nicht ohne gegenwärtige Wirkung bleiben kann. Wo rohe Gewaltanwendung auf verwandte Seelen zutrifft, kann sie nur wieder ihresgleichen hervorrufen, und zwar mit dem Endresultat fändlicher gegenseitiger Bedrohung, gegenseitiger Ausbeutung der Kräfte und resultatloser Kraftverschwendung.

Der deutsche Militarismus und das preussische Junkertum sind aber nicht durch stupide Gegenwirkung ebenbürtiger Gewaltfähigkeiten von ihrem Throne gestürzt worden, sondern durch ihre eignen Schwerfichte, Peitschenhiebe, Gehehe und Klaffenhebung, die in der Masse des deutschen Volkes die menschliche Vernunft und die Sehnsucht nach Befreiung aus menschenunwürdigen Schläpenketten immer lebendiger machen und zur Revolution an der Front wie in der Heimat führen. Wäre das im November v. J. in Deutschland gestürzte Regiment kein solches gewesen, das nur auf Gewalt, Eigennutz und Unterdrückung der großen Masse des Volkes aufgebaut war, so wäre sein Ende sicher erst mit dem Ende der großen Volksmasse gekommen. Der zunehmende Mangel an Lebensmitteln, die Steigerung von Not und Elend waren nur äußere Folgen dieser Gewalt Herrschaft. In ihrem Innern hatte sie den Todeskeim von dem Tag an, da der Wille der Volksmehrheit durch sie verächtlich, ersücht und mißachtet wurde. Es haben daher auch nicht die Machthaber, die Gewalt Herrschen geliebt, sondern die Unterworfenen. Damit hat sich auch hier bewährt, daß, wer die Tyrannei stürzen will, ihr „dienen“ muß!

Jeder gewalttätige Widerstand gegen übermächtige Gewalt stärkt deren Kraft. Aber kluges Anpassen und überlegtes „Lienen“ schwächt jede Tyrannei. Das war die Taktik der Gewerkschaften vor dem Kriege. Sie kämpften gegen die sie bedrückende Gewalt Herrschaft einer arbeitseindlichen Regierung mit aller Vorsicht nur auf „gesetzlichem“ Boden. Sie nahmen in ihre Statuten Bestimmungen auf, die den Erfordernissen der „Gehehe“ und ihrer arbeitseindlichen Auslegung nach Möglichkeit Rechnung zu fragen suchten. Hätten sie das nicht getan, so wären sie erdroffelt worden. Sie pflanzten ihre Taktik den Forderungen der herrschenden Gewalten an; versäumten aber selbstverständlich nicht, die Ursachen dieser gesetzlichen Erfordernisse auf Schritt und Tritt innerhalb der gewerkschaftlichen Bewegung zu beleuchten, und dadurch die Gedanken der Arbeiterschaft auf die Urheber dieser Anordnungsversuche mehr und mehr zu konzentrieren. Bei den älteren Gewerkschaftsmitgliedern hat z. B. das Sozialistengesetz in dieser Hinsicht einen geradezu bewundernswürdigen Zusammenhalt gezeigt. Und von Jahr zu Jahr steigerte sich unter solchen Verhältnissen auch die Oppositionskraft der Arbeiterschaft auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiet. Und als der Weltkrieg ausbrach, da fand gleichfalls eine nur dem Zusammenhalte der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft dienliche Anpassung an die veränderte Situation statt. Der Ausbruch des Weltkriegs konnte im

Erste nicht als Revolution oder Luftsturz einer neuen Gesellschaftsordnung, sondern nur als Beginn des Schlüssels der Herrschaft eines auf Bajonette und Geschütze gestützten Gewaltregiments beurteilt werden. Im Interesse der Selbsthaltung der Arbeiterschaft war es geboten, daß die organisierte Arbeiterschaft sich nicht als erstes Kriegsoffer der Kriegsurie in den Rachen warf, sondern ihr „diente“ mit der Abzeugung in aller Herzen, daß die Urheber dieses Dramas ihrem Schicksale dadurch nur noch um so schneller entgegenen würden. Und so ist es auch gekommen.

Draußen im Feld und in der Heimat haben die gewerkschaftlich wie politisch organisierten Arbeiter mit nur wenig Ausnahmen neben meist vorbildlicher Pflichterfüllung wohl keinen Tag vorübergehen lassen, an dem sie nicht durch kameradschaftlichen Gedankenaustausch den Geist der Freiheit und Menschenwürde in die Köpfe ihrer Leidens- und Kampfgenossen pflanzten und vertieften. Und so kam der Tag nur noch um so schneller, wo der Stiegstaumel wahrwühiger Gewaltmenschen einer erbärmlichen Niederlage weichen mußte, ihre Herrlichkeit und ihre Macht zerplaten ließ wie eine Stinkbombe.

Nur dieser vorsichtigen Anpassung der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft an die gegebenen Machtverhältnisse bei Kriegsausbruch ist es zu danken, daß dem Militarismus nicht Gelegenheit geboten war, zuerst die organisierte Arbeiterschaft niederzutrampeeln, daß er im Gegenteil mit ihrer Hilfe imstande war, die Greuel und Verwüstungen des Krieges von deutschen Gauen fernzuhalten und dann außerhalb Deutschlands seinen ganzen sittlichen und moralischen Tiefstand vor aller Welt zu Lande, zu Wasser und in der Luft zu offenbaren. Schwer hat unter diesem Kriegstoben die Menschheit gelitten, furchtbar sind die Opfer, die das deutsche Volk zu tragen hat. Aber noch schwerer und unerträglich wäre sicher unser aller Schicksal, wenn mangels der geistigen Pionierarbeit der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft im Felde wie in der Heimat, der deutsche Michel nicht einsehen gelernt hätte, wie er von seinen militaristischen, feudalen und kapitalistischen Gewalthabern betrogen wurde. Wir zweifeln stark daran, daß im Fall eines früheren oder andern Kriegsendes, ohne eine genügend lange aktive oder passive Aufklärungsarbeit von gewerkschaftlicher wie politischer Seite der Geist des deutschen Volkes in seiner Mehrheit für einen solchen Umsturz der alten Gewalten reif gewesen wäre. Und wir behaupten sogar, daß die jetzige Zerrissenheit des deutschen Volkes, insbesondere die der deutschen Arbeiterschaft, zum größten Teil nur darauf zurückzuführen ist, daß die gewerkschaftliche und politische Schulung vor dem Kriege noch nicht tief genug in alle Volks- und Berufskreise gedrungen war. Dieser Mangel raubt uns einen großen Teil der Kraft, die nötig wäre, um das Erbe der Revolution so zu verwerfen, wie es im Interesse der Arbeiterschaft dringend nötig wäre.

Nicht dadurch, daß sich die deutsche Arbeiterschaft in über Prinzipienreiterei in alle nur erdenklichen Parteien, Gruppen und Fraktionen zerstückelt, sichert sie sich die Möglichkeiten einer neuen Wirtschafts- und Lebensordnung, sondern nur durch möglichst geschlossene und einheitliche Zusammenarbeit. Weder eine Zerstückelung der Gewerkschaften, noch eine solche der politischen Arbeiterpartei befähigt die Arbeiterschaft, die deutsche Volkswirtschaft zu einer legendenpendenden Quelle für alle Volksgenossen auf sozialistischer Grundlage auszubauen, sondern nur ein kluges und gemeinsames Anpassen an die bestehenden Machtverhältnisse. Jeder Versuch einer neuen Gewaltpolitik, ob von rechts oder von links kommend, muß von der Arbeiterschaft ganz entschieden abgelehnt werden. Gerade der katastrophale Niederbruch der Gewaltpolitik des alten Deutschland sollte der Arbeiterschaft wie ein Höbenfeuer zur Warnung dienen. Ein gelunder Sozialismus, d. h. ein gelundes gemeinsames Gesellschafts- und Wirtschaftsleben ohne die persönlichen und wirtschaftlichen Ungerechtigkeiten der Vergangenheit, kann nicht durch Gewalt erzwungen werden. Zu seiner Durchführung

ist die Zustimmung und Mitarbeit der Mehrheit aller Volksgenossen erforderlich. Das Prinzip der Demokratie erfordert Unterwerfung der Minderheit unter die Beschlüsse der Mehrheit. Diese Unterwerfung bedeutet keine Vergewaltigung, sondern freiwillige Anerkennung und Achtung des Willens der Mehrheit. Dadurch soll keinem Anhänger der Minderheit das Recht verwehrt werden, für seine Auffassung in Wort und Schrift, das heißt mit vernünftigen geistigen Waffen zu kämpfen. Diese Meinungsfreiheit muß aber dort ihre Grenze finden, wo sie zur Aufforderung zur Anwendung von physischer oder wirtschaftlicher Gewalt gegen Andersdenkende oder Anhänger einer Mehrheit übergehen will. Hat eine Minderheit für ihren Standpunkt tatsächliche und vernünftige Gründe, die sich auf die tatsächlichen Verhältnisse stützen können, so kann es ihr nicht schwer fallen, bei gerechter demokratischer Meinungsfreiheit die Zahl ihrer Anhänger zu vermehren und die ursprüngliche Minderheit zur Mehrheit werden zu lassen, ohne zu Gewaltmaßnahmen oder persönlichen Verfolgungen und Beleidigungen greifen zu müssen.

Jede Gewalt erniedrigt nicht deren Opfer, sondern deren Urheber. Das gilt auch für alle gegenwärtigen Streitfragen innerhalb der Arbeiterschaft. In den Gewerkschaften haben wir es von jeher als selbstverständlich betrachtet, daß Minderheiten sich der Mehrheit aus freien Stücken unterordnen sollen; daß Sonderbündeleien nur den Gegnern der Arbeiterschaft zum Vorleide dienen. Erst in letzter Zeit ist es mancherorts üblich geworden, daß Minderheiten dieses Prinzip gewalttätig zu durchbrechen suchen. Damit wird der wirtschaftlichen und geistigen Anarchie Tür und Tor geöffnet. Das Erstgeburtsrecht einer rechtmäßig zustande gekommenen Mehrheit wird als Vergewaltigung jeder Minderheit mit dem Nimbus revolutionärer Märtyrerschaft umkleidet, für den es weder sittliche noch gesetzliche Schranken mehr zu geben scheint. Hier hat sich für die ganze deutsche Arbeiterschaft ein Abgrund geöffnet, dem sie rettungslos zum Opfer fällt, wenn sie nicht noch in letzter Stunde erkennt, daß die Gewaltpolitik einer Minderheit das Grab jeder Abzeugungsfreiheit, jeder persönlichen Freiheit, jeder Menschenwürde, jeder wirtschaftlichen Gemeinschaftsarbeit und Gleichberechtigung ist; einerlei ob sie von rechts oder von links kommt. Diese Erkenntnis gibt es keineswegs in blinder Massenverhimmelung, sondern nimmt das Urteil einer jeden Mehrheit als die jeweils zeitgemäße Summe geistiger Überlegungen auf dem Boden gegebener Verhältnisse hin. Ob solche Mehrheitsurteile und die daraus hervorgehenden Taten der Unterlassungen falsch oder richtig sind, kann immer nur die Zukunft lehren. Eine andersdenkende Minderheit braucht weder ein Recht des Adels noch der Masse anzuerkennen, sie kann auf die Dauer nur durch die Kraft ihres Geistes aber niemals durch Gewalt ein Recht erkämpfen, das auch von der Mehrheit oder der Masse anerkannt wird, und damit die Minderheit zur Mehrheit wandelt. Denn nur wer den Geist in freier Weise beherrscht, kann jede Macht bestimmen und beschränken.

Für uns Buchdrucker muß daher die Meinungs- und Geistesfreiheit ein unantastbares Evangelium sein. Unsere Berufsarbeit ist mit dem Kampfe der Geister so eng verbunden, daß wir uns nur selbst in Ketten schlagen, wenn wir diesen Kampf in unsern eignen Reihen durch gewalttätige Unterdrückung der Meinungsfreiheit zu erdroffeln oder zu vergiften suchen. Unter Meinungsfreiheit verstehen wir allerdings nicht Schimpffreiheit und willkürliche Aufstellung von beweislosen Behauptungen, nur um den Gegner in seinem Ansehen herabzusehen, sondern wohlüberlegte Sachlichkeit mit aller geistigen Schärfe. Sie ist freier und freier, je erblicher und reiner wir den Geisteskampf mit allen unsern Gegnern aufnehmen, und je toleranter wir diesen Kampf führen, desto stärker und schärfer bleiben unsere Waffen, die uns allein zum Sieg über jede Geistesunfreiheit und jede wirtschaftliche Sklaverei führen werden. Denn:

Nicht mit dem Messing der Barbaren
Mit Flint und Esper nicht kämpfen wir.
Es führt zum Sieg der Freiheit Eharen
Des Geistes Schwert, des Rechts Panier!

Alten. Am Sonntag, dem 15. Juni, fand hier die außerordentliche Bezirksversammlung des Jagdreviers statt. Der Bericht des Vorstandes und der Kassierers wurden ohne Einwand entgegengenommen; auch die Verbandsrechnung blieb in ihren Umrissen. Sodann wurde das Referat des Bauvorsitzers (Stuttgarter) über die Tarifausgleichsfragen angelesen, welches allgemein beifällig war. Was die Verammlung zur Kenntnis brachte, war das Verhalten der Prinzipale, insbesondere die Art des Arbeitszweckes. Die Nichtbeachtung der Arbeitszeit wurde vom Referenten in treffender Weise begründet, da für die Arbeitslosen doch nichts über aber sehr wenig herauszukaufen und eine Verkürzung des Arbeitsbetrags aus wirtschaftlichen Gründen zu vermeiden sei. Allgemein wurde die schon lange herbeigesehnte tarifliche Festlegung der Ferien begründet. Nur die tariflichen Ausföhrungen wurde dem Kollegen Klein warmer Dank ausgesprochen. Sodann fand noch ein aus der Mitte der Hedenheimer Mitgliederschaft gestellter Antrag statt: „Die Regierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß in allen Betrieben, auch in den kleinsten, an deutlich sichtbarer Stelle Plakate anzubringen sind, aus denen der Beginn und der Schluß des achtstündigen Arbeitstages zu ersehen ist. Nichtbeachtung soll mit Strafe belegt werden.“ Als nächster Tagungsort wurde wieder Alten bestimmt.

y. Alt-Neudörling. Außerordentlich zahlreich hatten sich die Kollegen aus den Druckorten Altdörling, Neudörling, Mühlbühl, Pfarrkirchen, Eggenfelden, Traunstein, Wasserburg, Laufen und Griesbach am 22. Juni zur Bezirksversammlung in Mühlbühl eingefunden, wobei Kollege Förg (Neudörling) über die am 31. Mai und 1. Juni im Münchner „Gewerkschaftshaus“ stattgehabte Ortsvorsichterkonferenz ein sehr beifälliges aufgenommenes Referat hielt. Anschließende Berichterstatter der einzelnen Druckereivertrauensmänner lieh erleben, daß in fast allen in Frage kommenden Betrieben die neuen Zulagen bezahlt werden und größtenteils auch schon die Ferien eingebracht werden. Größere Debatten entfielen, als das Lehrlings- und Gehilfenprüfungswesen in der Provinz zur Sprache gebracht wurde; denn in diesen Punkten herrschen mancherorts unbedingt zu bekämpfende Mißstände. Bezüglich der Lehrlinge wurde ein Antrag einstimmig dahingehend angenommen, den Gauvorstand zu ersuchen, darauf zu wirken, daß die oft überhöhten Lehrlingslöhne verringert und die Einstellung von Lehrlingen auf ein Jahr gesperrt werde, sonst könne unter Arbeitslosenseher auf lange Zeit keine merkliche Verminderung erfahren. Zum Hauptpunkte des Tages gestellte sich die von mehreren Kollegen angeregte und von dem Gesamtsitz freudig begrüßte Gründung eines Bezirks, der, da Bayern keine eigentliche Bezirksabteilung hat, zunächst als Alltagsabteilung und als Sammelpunkt aller Provinzkollegen fungieren soll; es darf also diese Gründung keinesfalls als Opposition zum Gau angesehen werden, sondern es soll diesem durch gemeinsame Propaganda (da eine persönliche und daher wirkungsvollere Alltagsabteilung in den entlegeneren Druckorten heute zu kostspielig ist) in die Hände gearbeitet und gewissenhaftere Einhaltung der tariflichen Bestimmungen erstrebt werden. In den Bezirksausschub wurden einstimmig gewählt die Kollegen Peter Schneyr (Mühlbühl), Vorsitzender, Hans Braun (Mühlbühl), Schriftführer, Toni Niedermayer (Neudörling), Kassierer, und Max Nagl (Traunstein), Theodor Lugbauer (Pfarrkirchen) und Otto Obermaier (Wasserburg) als Beisitzer. Der Antrag wurde pro Mitglied und Woche auf 10 Pf. festgelegt. Mögen sich noch alle in der Verammlung nicht anwesend gewesenen Kollegen der näheren und weiteren Umgebung zum Beitritt in den Bezirksverein Mühlbühl melden, denn Gesehlossenheit auch in der Provinz tut dringend not.

Berlin. (Schriftleiter.) In der Vereinsversammlung vom 24. Juni wurde der Bericht von der Konferenz in Frankfurt a. M. entgegengenommen. In längeren Ausführungen berichtete der Vorsitzende über die einzelnen Paragraphen, welche von der Versammlung aufgegeben wurden. Die Zentralkommission übermittelte jeder Ortsgruppe die neue Lohnordnung, damit die Kollegen sich dazu Stellung nehmen kann und die Forderungen den Prinzipalen rechtzeitig übergeben werden können, um am 1. Oktober d. J. in Kraft zu treten. Aus der Versammlung kam ein Antrag, der sofortige Erhöhung der Löhne um 50 Proz. forderte, da mit den jetzigen Löhnen wegen der Teuerung nicht auszukommen ist. Von den Organisationsleitern wurde dagegen gesprochen, aber der Vorschlag gemacht, eine Kommission zu wählen, die mit den Prinzipalen eine Aussprache herbeiföhrt, um eine gerechte Verteilung der Arbeiten, insbesondere der kleinen Arbeiten, zu erzielen. Die Kommission wurde gewählt.

Bielefeld. (Maschinenmeisterverein — Bielefeldjahrsbericht.) In der am 10. April abgehaltenen Monatsversammlung wurde ein Vortrag verlesen und besprochen über: „Der Druck auf rauhen Papieren“. Unser Vorsitzender Droste machte einige Ausführungen über das Thema: Maschine und Meister, woran sich eine lebhaft Diskussion anschloß. Ferner wurde die Abhaltung eines Ausfluges, Zirkels und Auschnittkursus beschlossen. — In der am 22. Mai abgehaltenen Mitgliederversammlung wurden vier Neuaufnahmen vollzogen. Zur Pflege der Kollegialität sollen in nächster Zeit Ausflüge stattfinden. Als erster wurde ein Familienausflug nach Friedrichshöhe geplant. Die Kasse wurde geprüft und der Kassierer entlastet. Kollege Weisendörfer hielt einen Vortrag über: „Die Herstellung der modernen Großdruckzeitung“. Nachdem noch einige technische Fragen erledigt waren, wurde die

Verammlung geschlossen. — Am zweiten Pfingstfeiertag fand ein Familienausflug nach Friedrichshöhe statt. — In der am 15. Juni abgehaltenen Monatsversammlung wurden nach Verlesung eines Rundschreibens der Zentrale Köln die Grundsatzen der Zentrale Berlin, die Kreisabteilung und das Ortsstatut durchberaten. Neuaufgenommen wurden vier Kollegen aus Paderborn. Die Wahl einer Gesehäfts-Kommission wurde auf die nächste Tagesordnung gesetzt. Kollege Weisendörfer hielt einen Vortrag über: „Stahlfabrikation von Zugschrauben“. Ein Artikel über Herstellung guter Lambrudie auf Zelluloidplatten von älteren Abdrucken kam zur Verlesung.

Braunschweig. Die am 2. Juni abgehaltene Bezirksversammlung nahm zunächst den Bericht des Kollegen Reuter über die Bezirksvorsichterkonferenz entgegen. Sodann wurde das Resultat der Tarifverhandlungen eingehend besprochen. Allgemein wurde bedauert, daß die Prinzipale so wenig Einflöß gezeit hätten, man hätte erwartet, daß mehr erreichbar gewesen sei. Zum Schluß wurde erklärt, das Resultat sei bedauerlich, doch müsse man sich bescheiden. — In der Bezirksversammlung vom 22. Juni wurde die feste Anstellung des Kollegen Reuter als Verwalter beschlossen. Sodann kam ein Zirkular der Breslauer Kollegen zur Besprechung. Auf Antrag des Vorstandes wurde eine materielle Unterstützung abgelehnt. In der selbigen „Rechtsfreund“-Angelegenheit, die hier schon viel böses Blut erzeugt hat, wurde durch den Gauvorstand, Kollegen Pfingsten, und den Gehilfenvertreter des Tarifausgleichs, Kollegen Rosenbruch, eine „Einigung“ herbeigeföhrt, die in der Versammlung einen Sturm der Entrüstung auslöste. Der vorgelegte Vertrag sei eine Prämierung des Streikbruchs. Ihm könne auf keinen Fall zugestimmt werden. Es soll dagegen schärfster Protest beim Zentralvorstand eingelegt werden.

M. Düsseldorf. In der am 28. Mai abgehaltenen allgemeinen Buchdrucker-Versammlung erstattete unser Gehilfenvertreter Albrecht (Stöhl) Bericht über die Verhandlungen des Tarifausgleichs. Er gab zunächst einen Rückblick auf die Verhältnisse seit der Revolution und behandelte dann ausführlich die Verhandlungen. Die Diskussion war sehr reg, und von allen Kollegen wurde das Ergebnis der Berliner Verhandlungen als ungenügend gekennzeichnet. Verschiedene Kollegen sprachen sich gegen die Tarifgemeinsamkeit aus, die in der Hauptsache den Interessen der Prinzipale diene. Eine mit großer Mehrheit angenommene Entschloßung anerkennt ausdrücklich die Arbeit unserer Gehilfenvertreter, stellt aber fest, daß jedes Vertrauen zur Tarifgemeinsamkeit in der heutigen Form geschwunden ist und drückt die Erwartung aus, daß die Tarifgemeinsamkeit durch das durch die Revolution in der Entwicklung begriffene RäteSystem ersetzt werden muß, und zwar eines RäteSystems, in dem die Arbeiterklasse die Trägerin der Produktion entscheidende Rechte hat. — Am 14. Juni fand die Monatsversammlung statt, in welcher der Arbeitersekretär Winnen einen Vortrag über: „Das RäteSystem und die Gewerkschaften“ hielt. Redner wies auf die Notwendigkeit der Revolution hin, um die Aufgaben der Gewerkschaften hinwies, die diese auch in Zukunft noch zu vollbringen haben. Dem äußerst interessanten Vortrage folgte eine rege Diskussion, die erkennen ließ, daß auch die Buchdrucker dieser Frage außerordentliches Interesse entgegenbringen. Aufgenommen wurden fünf Kollegen. Einem Kollegen, der durch Schleheren der Regierungstruppen das linke Bein verlor und noch nicht bezugsberechtigt ist, wurden 50 Mk. aus der Ortskassa bewilligt; ebenso wurden Listen zur Zeichnung von freiwilligen Beiträgen zugunsten seiner Familie in Umlauf gesetzt. Der Vorsitzende hat die Kollegen, ihm von jeder Entlohnung sofort Mitteilung zu machen. Die Firma Etzmann hierseits mußte einen entlassenen Maschinenmeister nach Anweisung des Schlichtungsausschusses wieder einstellen. Ein Antrag, den erkrankten Kollegen vier Wochen lang täglich 1 Mk. Ergänzungslohn aus der Ortskasse zu bezahlen, wurde zwecks Feststellung der dadurch entstehenden Belastung der Ortskasse dem Vorstand überwiesen. Der Vorsitzende Schröder berichtete noch über die Gauvorsichterkonferenz. In der Diskussion wurde die Ansicht vertreten, daß noch in diesem Jahre vor der Tarifrevision eine Generalversammlung des Verbandes stattfinden müßte. Auch wurde das Verhalten der Konferenz in der Frage des freien Sonnabendnachmittags getadelt. Das Johannistfest findet umständlicher nicht am 20. sondern bereits am 13. Juli in der „Tonhalle“ statt; zur Herabminderung der Ankosten soll ein einmaliger Ergänzungsbeitrag von 1 Mk. erhoben werden. Der letzte Tagesordnungspunkt, „Kartellbericht“, mußte der vorhergehenden Zeit halber abermals zurückgestellt werden.

Duisburg. In der Mitgliederversammlung am 15. Juni stellte der Vorsitzende Pafschki fest, daß die Teuerungszulagen überall fast bewilligt sind. Mehrere „Spezialgrüpe“ beschwerten sich über ungerechte Verteilung des sogenannten Schwerarbeiterpekts, da einzelne Druckereien beileider worden wären, andere nicht. Der Vorsitzende erwiderte, daß zweifellos die Verteilung keine gerechte sei, aber es ließe sich nichts dagegen unternehmen. Sodann legte eine längere Aussprache über die Wiedereinföhung der Nacharbeit ein. Die Gründe dafür sind mehrfacher Natur: In dem schriftlichen Abkommen über die Abkündigung der Nacharbeit wurde von Verlegerseite gefordert, daß auch die Zeitungsbetriebe der umliegenden Gegende, wie Essen, Duisburg, Köln usw., ebenfalls die Nacharbeit abkündigen, da sonst für die kleinen Verleger ein unübersehbarer Schaden entstehen würde. Das ist nicht gelungen, und weiter trug auch der Verlauf der Tarifausgleichsfrage das übrige dazu bei. Aber das

Schlimmste ist, daß sich Kollegen aus purem Egoismus bereit fanden, die Abmachungen festiglich der Nacharbeit zu durchbrechen und heimlich wieder Nacharbeit zu vernehmen. Durch das Verhalten dieser Kollegen hat die ganze Angelegenheit einen unheilvollen Abschluß gefunden. Allgemein wurde das Verhalten dieser Kollegen aufs schärfste verurteilt und gebrandmarkt. Von einigen Rednern wurde Ausschluß aus dem Verbandsverband gefordert. Schließlich gelangte der Antrag Euren zur Annahme, zwei Kollegen vor das Forum der nächsten Ortsvereinsversammlung zu laden. Der Vorsitzende mahnte die Kollegen, sich gewerkschaftlich und auch politisch zu schulen, dann kämen diese Mißspiellosigkeiten nicht mehr vor. Zum Schluß der Versammlung gab Kollege Werner den Kartellbericht, auf Grund dessen aus der Versammlung heraus gewünscht wurde, einen Vortrag über das RäteSystem zu hören.

Esfeld. (Maschinenmeisterverein. Jahrsbericht.) Durch Einberufung fast sämtlicher Mitglieder zum Kreisabend war unser Verein leider gezwungen, fast dreieinhalb Jahre unfruchtbar darniederzuliegen. Aber gleich nach Rückkehr unserer Kollegen wurde mit frischer Kraft an die Arbeit gegangen. Nach halbjähriger Tätigkeit hat heute die Mitgliederzahl bereits wieder die Höhe vor dem Krieg erreicht. Leider haben auch wir sieben Kollegen als Opfer des Krieges zu beklagen. — Die bisher abgehaltenen vier Versammlungen verliefen sehr anregend. Die Broschüre „Zurichtung von Schrift-, Platten- und Bildformen“ wurde seitens der technischen Kommission in mehreren Versammlungen einer Besprechung unterzogen. Kollege Kopp hielt einen Vortrag über „Die Spiele und ihre Ursachen“.

L. Bezirk Gießen. Am 15. Juni tagte in Wehlar unsere diesjährige Bezirksversammlung. Der Vorsitzende Ziegler begrüßte die Erschienenen, besonders die aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen. Das Ansehen der Gesehlossenen bzw. Verstorbenen wurde in der üblichen Weise geehrt. Sodann erstattete der Bericht über die Tätigkeit der sich über die ganzen Kriegsjahre erstreckte. Aus ihm ist besonders hervorzuheben, daß 162 Kollegen aus dem Bezirk zum Militär eingezogen waren. Gesehlossen wurden 23, darunter ein Kollege, der im Jahre 1913 zum Militär eingezogen war, zurückgemeldet haben sich bis jetzt 103, so daß noch 26 als beim Militär befindlich zu betrachten sind, die sich wohl zum größten Teil in Gefangenenschaft befinden werden. Ausgeschlossen wurden 3 Mitglieder. Aus den Berichten der einzelnen Ortsvereine und Mitgliederschaften ist zu entnehmen, daß die Teuerungszulagen bezahlt werden. Die Ferienfrage scheint speziell bei einigen kleineren Firmen auf Schwierigkeiten zu stoßen. Des weiteren erstattete der Vorsitzende, der den Kassierposten während des Krieges noch mitbesetzte, den Kassierbericht, der zu Beanstandungen keinen Anlaß bot, weshalb ihm Entlohnung erteilt wurde. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden die bei Ausbruch des Krieges amtierenden Kollegen wiedergewählt, neu kam Kollege Holz als Kassierer hinzu, da der Vorsitzende wegen Überlastung diesen Posten nicht mehr weiter versehen wollte. Sodann wurde noch ein Antrag angenommen, daß den in Gefangenenschaft befindlichen Kollegen eine Unterstützung aus der Bezirkskasse zuteil werden soll. Verbeirateten 30 Mk. und Bediagen 20 Mk. Ein weiterer Antrag, daß bei tariflichen Referaten die Gehilfenvertreter in den einzelnen Ortsvereinen Bericht erstatten sollen, um die Stimmung der Kollegen besser kennen zu lernen, fand ebenfalls Zustimmung. Nach dem Schlußworte des Vorsitzenden wurde die Versammlung mit einem Hoch auf den Verband geschlossen. In den angrenzenden Räumen des Versammlungsortes hatte die Syngraphische Gesellschaft eine Druckausstellung veranstaltet. Am Nachmittag folgte nach der Einladung der Wehlarer Kollegen zu ihrem Johannistfest, das in echt kollegialer Weise verlief. Auch sei ihnen an dieser Stelle für die genübretchen Stunden nochmals herzlich gedankt.

-cke. Göttingen. Am ersten und zweiten Pfingsttag fand die fünfzigjährige der hiesigen Ortsvereins der prächtigsten Wehlarer. In Ehren dieses Tages wurde frühmorgens am Grabe des früheren langjährigen Orts- und Bezirksvorsitzenden Heinrich Bornemann, in Anwesenheit seiner Angehörigen, seitens des Vorstandes mit einer kurzen Ansprache ein Kranz mit Widmung niedergelegt. Die Hauptfeier begann am ersten Tage morgens 10 Uhr in dem festlich geschmückten Saale der „Kaiserhalle“ mit einer Begrüßung durch den Vorsitzenden Kollegen G. Sehnert und Begrüßungswünsche sowie Überreichung eines Geschenks an den Kollegen Heinrich Zähler, der auf eine vierzigjährige Mitgliedschaft zurückblicken konnte. Namens der Stadt gratulierte Oberbürgermeister Dr. G. G. G., der auch den auszuwählenden Teilnehmern ein herzlich willkommen entbot. Das Bürgervereinskollegium war durch drei Mitglieder vertreten. Kollege Panack sprach einen von ihm selbst verfassten Prolog einwärtend, und ein Gesangsquartett trug das Lied „Selbsterbe“ vor, das nach dem Befehl fand. Hierauf enthielt der Vorsitzende eine Gedanktafel mit den Namen der im Felde gesehlossenen 24 Kollegen; während die Versammlung sich zu Ehren derselben von ihren Plätzen erhob, spielte ein Streichquartett Trauermusik, die den Anwesenden höchlich sehr zu Herzen gingen. Die nun folgende, etwa einstuündige glänzende Festrede des Verbandsvorsitzenden J. Grabmann wurde mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen und fand bei allen Teilnehmern volle Zustimmung. Im Namen des Gauvorstandes Hannover sprach Kollege Pfingsten und überreichte eine Plattenmappe mit 20 Dinners; desgleichen Kollege Rücke im Auftrage des Lokalvereins Hannover eine Ehrenbezeichnung, und für den Druck- und Maschinenmeisterverein eine künstlerisch ausgeführte Gedenktafel. Kollege Sabn für

den Bezirk Hannover-Land und Kollege Vornträger für die „Topographia“ Hannover übermittelten herzliche Glückwünsche. Kollege Kreis (Hassel) überreichte im Namen des Ortsvereins eine künstlerisch ausgeführte Adresse; Kollege Sünemann (Münden) ein Bild mit der Ansicht von Münden; Kollege Behrens (Vorkhelm) einen Humpen. Glückwünsche überbrachten ferner die Kollegen Senkelmann („Topographia“ Haste), Freutel (Hilbesheim), Wedekind (Niederstadt) und der Vertreter des Gewerkschaftskartells Göttingen. Schriftliche und drahlliche Glückwünsche waren eingegangen von Invaliden Karl Berger als Gründer des Ortsvereins, der leider durch Krankheit verhindert war, teilzunehmen; vom Rektor der Universität, Professor Reichenbach, sowie von einer Reihe weiterer Kollegen aus fern und nah. Nachdem noch einige Gesangs- und Konzertstücke, die künstlerisch vorgelesen wurden und reichen Beifall fanden, zu Gehör gebracht, erreichte die impulsive Fete ihr Ende. Am zweiten Tage wurde ein Ausflug unternommen, der zu aller Zufriedenheit verlief. Allen, die zu dem guten Gelingen des Festes beitrugen, und allen Gratulanten sei auch an dieser Stelle herzlicher Dank ausgesprochen. Die Drucksachen, Einladung, Programm und Geschäfts des Ortsvereins, welche in geschmackvoller Weise hergestellt waren, fanden allseitig günstige Beurteilung.

Günzburg a. d. D. In der am 3. Juni von der Mittelschule Günzburg abgehaltenen gutbesuchten Versammlung erlatete Kollege Schaberg Bericht über die Vorstandskonferenz in Münden, woran sich eine lebhafte Diskussion schloß. Die Kollegenchaft war sowohl mit allem einverstanden, nur bedauerte sie die Engherzigkeit der Prinzipale, betreffend die Feuerungszulagen. Die Feuerungszulagen wurden anstandslos ausgezahlt.

Hamburg. (Maschinenmeister. — Vierteljahrsbericht.) In der Versammlung vom 12. April teilte der Vorsitzende das Ergebnis der örtlichen Verhandlungen der Kolonnenmaschinenmeister vom 24. März mit. Er führte aus, daß eine Lohnzulage von 3, 5 und 7 Mk. und ein Schmutzgeld von 3 Mk. gewährt wurde. — Am 10. Mai fand eine gutbesuchte Versammlung statt, die sich mit den tariflichen Verhältnissen in den Maschinenfabriken befaßte. Es wurde eine Kommission von vier Kollegen eingewählt, die eine Betriebskontrolle ausüben soll. In einzelnen Druckereien ist es vorgekommen, daß es sich Kollegen nicht verkennen konnten, Überstunden in größerer Anzahl zu leisten, trotz der großen Arbeitslosigkeit. — Am 29. Mai fand bei günstigem Wetter eine Herrentour nach Dismarschen statt, die sich einer guten Beteiligung zu erfreuen baute. — In der Versammlung am 14. Juni gab Kollege Storz den Bericht über die örtlichen Verhandlungen mit den Prinzipalen. Es wurde bemängelt, daß seitens der Prinzipale absolut kein Entgegenkommen gezeigt wurde. Die Arbeitslosigkeit hat eine nie gekannte Höhe und beträgt zur Zeit etwa 100.

Kirchberg i. Schl. In der am 15. Juni stattgefundenen gutbesuchten Bezirksversammlung berichtete Gausvorsteher Fiedler über die Beratungen des Tarifauschusses und die Lage im Gewerbe. Die Debatte ergab Abereinstimmung mit den Ausführungen und Zufriedenheit mit den neuen Feuerungsbedingungen und Ferien, deren Einführung fast durchweg erreicht wurde. Wo es noch nicht geschah, werden weitere Schritte getan. Die übrigen Verhandlungspunkte waren nicht von allgemeinem Interesse. Mitte Juli soll im „Braunen Strich“ in Grunau das Sodannstfest gefeiert werden. Die Graphische Vereinigung und der Gesangsverein „Gutenbergs“ haben ihre Tätigkeit wieder aufgenommen. In Landshut hat sich ein neuer Ortsverein gebildet, der zur Zeit 18 Mitglieder zählt.

Bezirk Jena. Die erste Bezirksversammlung nach dem Krüge tagte am 15. Juni d. J. in Saalfeld. Die organisatorischen und tariflichen Verhältnisse im Bezirk sind zufriedenstellend. Nur am Vororte glauben einige Prinzipale, es erst auf ein Eingreifen tariflicher Instanzen ankommen lassen zu müssen, um die letzten tarifrechtlichen Abmachungen restlos zu erfüllen. 75 Kriegsoffer wurden von der Versammlung durch Erheben von den Siben geehrt. Unter den Kriegsgefangenen befinden sich noch etliche unserer Kollegen, ihre Rückkehr erhoffen wir baldigst. Fernst wird seit dem 8. Oktober 1918 unser verdienstlicherer Vorsitzender, Kollege Bähringer. Gleich seiner Familie geben wir die Hoffnung auf seine Wiederkehr noch nicht auf. Unser Gehilfenvertreter, Kollege Böning (Halle), referierte über die Gausvorsteherkonferenz und über die letzte schwierige Tarifauschussung. Die mit höchstem Interesse verfolgten Ausführungen wurden mit reichem Beifall aufgenommen. Eine einstimmig angenommene Resolution, die den Gehilfenvertreter für die harte Arbeit dankt und das geringe soziale Verständnis unserer Prinzipalität im allgemeinen bedauert, betont noch, daß wir einen Abbau der Löhne der Buchdrucker ablehnen müssen, bevor nicht ein fühlbarer Abbau der Lebensmittelpreise durchgeführt ist. Unser anwesender Gausvorsteher, Kollege Prox (Weimar), griff aufklärend in die Aussprache mit ein. Einem Berichte von der Bezirksvorsteherkonferenz schlossen sich geschäftliche Erledigungen an. — Vor und nach der harmonischen Versammlung beschäftigten die auswärtigen Kollegen Saalfelder Lebenswünschlichkeiten (Feengrotte usw.). Nächste Bezirksversammlung in Rudolfsstadt.

G. Schw. (Maschinenlehrevereinerung.) In der am 15. Juni abgehaltenen Bezirksversammlung nahm unter „Geschäftlichem“ von den seitens der Zentralkommission zu der verstorbenen Tarifauschussung gestellten Anträge Kenntnis. Die Versammlung war davon überzeugt, daß die letzte Tarifauschussung die Maschinenlehre nicht zufriedengestellt hat. Besonders wurde die Frage der Sonntags- und Nacharbeit nochmals aus-

giebig besprochen. Bei der kommenden Tarifrevision sei alles daranzusetzen, um auch dem Maschinenlehreler den Stempel einer neuen Zeit aufzudrücken. Den weiteren Punkt der Tagesordnung bildete die Berichterstattung von der Generalversammlung in Dortmund. Hohenlich geht der Wunsch der Generalversammlung bald in Erfüllung, daß die Reichsvereinigungen im befehlen Gebiet erleichtert werden, um eine ordentliche Generalversammlung in Köln abhalten zu können. Arbeitslose Maschinenlehre haben wir hier nicht mehr. Ferner wurde das Verhalten eines Kollegen scharf kritisiert, der es in der Zeit noch fertigbringt, regelmäßige Überstunden zu leisten.

Leipzig. (Gauvereinsversammlung am 24. Juni.) Mit dem in letzter Versammlung gefassten Beschlusse, den Austritt aus dem Kartell betreffend, waren die in der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei organisierten Kollegen nicht einverstanden. Sie befassten eine besondere Versammlung dieser Kollegen ein, in der ein mit über hundert Unterschriften versehener Antrag an den Gausvorstand zum Beschluß erhoben wurde, wonach eine außerordentliche Mitgliederversammlung einberufen werden sollte, die sich nochmals mit dieser Angelegenheit zu befassen habe und der Metallarbeiter Schilling (Vorsitzender des Gewerkschaftskartells) als Referent zu bestimmen sei. Diese Versammlung fand am 24. Juni im „Volksbaue“ statt. Vor Eintritt in die Tagesordnung erinnerte der Vorsitzende Engelbrecht daran, daß am heutigen Tage Johannstag sei, an welchem man sich immer seiner Toten erinnere. Auch er gedachte heute der 600 Leipziger Kollegen, die aus dem Kirke nicht wieder heimgekehrt seien. Die Versammlung ehrte das Andenken dieser Kollegen durch Erheben von den Plätzen. Weiter erklärte Kollege Engelbrecht, der Gausvorstand habe sich nicht auf den Standpunkt stellen können, einen Nichtbuchdrucker über Buchdruckerangelegenheiten sprechen zu lassen. Jedoch fand ein Geschäftsordnungsantrag, den Kartellvorsitzenden Schilling sprechen zu lassen, Annahme, während ein Antrag auf Übergang zur Tagesordnung abgelehnt wurde. Schilling führte aus, daß der Beschluß, nur Anhänger der U. S. P. für besondere Kommissionen im Kartell zuzulassen, aus der damaligen Erregung der Massen, da in jener Zeit gerade der Generallstreik in Leipzig die Gemüter beherrschte, zu erklären sei. Auch er betrachtete diesen Beschluß als einen lautiher Fehler und eine Anklage; er glaube nicht, daß heute ein solcher Beschluß wieder zu Stande käme. Doch ließe sich jetzt nichts mehr ändern. Die Kommissionen seien gewählt. Wie es im nächsten Jahre würde, könne er nicht sagen. Im übrigen mahnte er zur Einheit in der Arbeiterbewegung und schloß mit den Worten: Ob sie aus dem Kartell austreten oder nicht, wir werden die Buchdrucker immer als Genossen betrachten. Kollege Fesselbarth begrüßte es, daß dem Kartellvorsitzenden Schilling Gelegenheit gegeben worden sei, seinen Standpunkt klarzulegen. Er müsse jedoch erklären, daß er von dem in letzter Versammlung gefassten nichts zurücknehme. Es wäre den Buchdruckern nie eingefallen, aus dem Kartell auszutreten, wenn von letzteren nicht ein solcher unsinniger Beschluß gefaßt worden wäre. Der Beschluß der letzten Versammlung müsse bestehen bleiben, sonst müßten die Mitglieder sich heute schon darüber klar werden, daß bei späteren Delegationen immer nach der Parteiaugehörigkeit gefragt werde. Der Redner ging noch einmal auf die Vorgänge während des Generallstreiks ein und bedauerte die Mahreglung der Arbeiterstreikere; ebenso beklagte er es, daß ein Teil der Kollegen den Revolutionsgedanken durch wüsten Radaumachen zum Ausdruck bringe. Als hierauf Kollege Mylau sich zum Wort meldete, erhob sich ein Entrüstungssturm gegen diesen. Szenen spielten sich ab, wie sie die Leipziger Mitgliedschaft wohl noch nicht erlebt hat. Nach bald halbständiger Verhandlungsunmöglichkeit wurde ein Antrag angenommen, Mylau nicht sprechen zu lassen. (Mylau ist gegenwärtig Regierungsdienstmitarbeiter für Leipzig.) In der nachfolgenden Diskussion bezeichneten fast alle Redner den Beschluß des Kartells als unglücklich und aus demokratischen Gründen auch unmöglich. Kollege Kauflich bezeichnete Fesselbarths Vorgehen für richtig. Als Gewerkschaftsvertreter, der sich auf das Statut stütze, habe er nicht anders handeln können. Im übrigen betrachte er den ganzen Parteistreit als einen Kampf um die Futurkrippe. Er könne nur noch auf die bürgerlichen Parteien hinweisen, wo völlige Einheit herrsche. Die Kollegen Selmbold, Gräbner und Hfger bezeichneten den Beschluß des Kartells übereinstimmend als einen Dummheit. Selmbold verwies noch darauf, daß der Parteilag der U. S. P. einen ähnlichen Beschluß gefaßt habe. Und in diesem Sinne werde in den Gewerkschaften gearbeitet. Es sei geradezu eine Provokation. Die Uneinigkeit der Arbeiter und vor allem die Mahreglung der Beamten sei ein Skandal. Die Geistesfreiheit müsse auf jeden Fall gewahrt bleiben. Nach einem Schlußworte Schillings, in welchem dieser nochmals den Beschluß des Kartells als einen Fehler bezeichnete und betonte, daß es besser gewesen wäre, dieser wäre nicht gefaßt worden, wurde ein Antrag Böttcher angenommen. Dieser lautet: „Die am 24. Juni 1919 tagende Gausmitgliederversammlung erklärte den Beschluß der letzten Versammlung betreffend Austritt aus dem Kartell für nichtig. Ab heutigen Tag gehört der Gauverein Leipzig im Verbands der Deutschen Buchdrucker dem Gewerkschaftskartell an.“

Leipzig. (Schriftsetzer.) In der am 17. Juni abgehaltenen, äußerst stark besuchten Versammlung wurde über die Frankfurter Konferenz Bericht erstattet. Einstimmig gab die Versammlung nach kurzer Aussprache ihre Zustimmung zu den gefassten Beschlüssen. Zur Ferienfrage sind diesbezügliche Schritte schon eingeleitet, und wünschte die Versammlung eine mögliche Befreiung der Angelegenheit. Ein Vorstandsantrag, eine geringe

Beitragserrhöhung eintreten zu lassen, fand einstimmige Annahme.

Leipzig. (Schriftsetzervereinigung.) In der Junierversammlung gab der Vorsitzende zunächst einen kurzen Situationsbericht, aus dem hervorging, daß im vergangenen Monate die Berufslage die gleiche geblieben ist. Zwei weitere Kollegen haben vorübergehend Zuflucht in fremden Berufen gesucht. Mit immer größerer Deutlichkeit zeigt sich, daß ein Zusammenstoß oder ein Beruf angehörigen Kollegen notwendig ist, und dies begehren für die im Metallarbeiterverband organisierten Kollegen. Die Vorarbeiten zur Tarifbewegung haben, da die Unabkühlung einer Stärkung unserer Vereinigung, die es Träger dieser Bewegung nur in Frage kommt. Die notwendigen Schritte zu diesem Zweck werden unverzüglich unternommen. Vorläufig hat sich keine tarifliche Position verfestigt. Frankfurt hat diesen Beispielen zu folgen, und Leipzig wird auch nur auf einem Anlauf kommen. Im Verlaufe der Vorbereitung des Arbeitsprogramms der Zentralkommission wurde der Beschluß gefaßt, daß die Zentralkommission diese wolle, daß umgehend die Schaffung von Geschäftsstellen angestrebt wird. Ein weiterer Antrag betraf eine Veränderung im Arbeitsprogramm selbst. Der Vorsitzende wies ferner darauf hin, daß es eine Notwendigkeit sei, in Zukunft wieder fachtechnische oder sonstige in Berufsfortbildungliche Vorträge in unsern Versammlungen halten zu lassen. Am Schlusse dieser Versammlung hatten wir zwei Neuaufnahmen zu verzeichnen.

R. Meunig. Die diesjährige Bezirksversammlung wurde am 22. Juni in Sayna abgehalten. Sie war aus den Orten Meunig, Sauer, Bunsiau, Neumarkt, Lüben, Sayna, Goldberg und Malisch besucht. Nach einleitendem Begrüßungsworte des Vorsitzenden E. Scholz, das besonders den aus dem Felde beigekehrten Kollegen galt, gedachte er in warmen Worten der während des Weltkriegs gefallenen 34 Kollegen des Bezirks sowie auch der in der Heimat verstorbenen Kollegen, deren Andenken in üblicher Form geäußert wurde. Ferner gab er einen umfassenden Bericht über Tarifliches, Bebrüßungsfragen, Arbeitslosigkeit usw. Der Bezirk ist nun wieder auf seiner Stärke wie vor dem Krieg angelangt. Eine Anzahl Abstritte zum Verbandsjubelung, der Bezirk zählt nun auch 32 Verbandsmitglieder. Das Hauptinteresse nahm unstreitig der Vortrag des Gausvorstehers Fiedler (Breslau) in Anspruch, der das eigentliche Thema: Bericht über die letzte Tarifauschussung, nur kurz streifte, sich dafür aber in beachtenswerten Ausführungen über verschiedene brennende Fragen im Buchdruckergewerbe wie auf volkswirtschaftlichem Gebiete eingehend verbreitete. Hierauf wurden die eingegangenen Anträge erledigt. Es werden von Seiten des Bezirksvorsitzenden Schritte unternommen werden, um die Buchdruckerarbeiten in Gefängnissen und Strafanstalten als überaus große Schädigungen des Gewerbes aus der Welt zu schaffen. Als Ort der nächstjährigen Bezirksversammlung wurde Neumarkt bestimmt. Mit einem Schlußworte des Vorsitzenden erreichte die angeregte verlaufene Tagung ihr Ende, worauf sich ein großer Teil der Kollegen zu einer Besichtigung der Stadt vereinigte, um dann die Heimreise anzutreten.

Nürnberg. Da die Versammlung am 3. Juni mit der Tagesordnung nicht fertig wurde, machte sich am 16. Juni abermals die Abhaltung einer solchen nötig. Zu deren Beginn gab der Vorsitzende die Delegierten bekannt, die anfänglich des Gewerkschaftskongresses von unserm Verbands hierher kommen. Nach Erledigung eines die Öffentlichkeit nicht interessierenden Punktes kam der Haupttagungspunkt: „Berichterstattung der in einer der letzten Versammlungen gewählten Kommission“. Diese sollte im Zusammenarbeiten mit der Vorstandschaft zu den brennendsten Zeit- bzw. Tagesfragen Stellung nehmen, sie bearbeiten, in den Versammlungen darüber referieren und so verhandeln, das Versammlungsleben zu heben und zu befruchten. Der Vorsitzende der Kommission gab nun bekannt, was für Themata sich die Kommission für die nächste Zeit gewählt hat. Diese betreffen alle Gebiete unseres gewerkschaftlichen Lebens, so u. a. das Rüstestem, die Faktion der Gewerkschaften, das Bebrüßungsleben, die Überfundenfrage wie überhaupt die ganze gegenwärtige tarifliche Lage usw. Zahlreiche Redner beteiligten sich an der diesen Ausführungen folgenden Diskussion, in der besonders über das mangelnde Entgegenkommen der Nürnberger Prinzipale in der Bebrüßungsfrage bzw. im Prüfungsverfahren lebhaft Klage geführt wurde. Auch die bisherige Haltung der Gewerkschaften bzw. der Gewerkschafts-„bureaucratismus“ wurde getadelt und gewünscht, daß ein früherer Zug in die Gewerkschaften komme. In der „Zeitschrift“ erlebte eine kurze Notiz, daß auch in Nürnberg ein tarifwärtiger Vorstoß seitens der Gehilfen erfolgt sei; letzteren ist aber nichts davon bekannt. Der Mitgliedschaftsvorsteher wandte sich u. a. in entledigender Weise gegen das Heranziehen der parteipolitischen Streitigkeiten in die Mitgliedschaft, was unbedingt erfolgen würde, wenn die beiden politischen Arbeiterparteien und ihre Prinzipale zum Gegenstand von Vorträgen in den Versammlungen gemacht werden sollten, wie es die Kommission projektierte. Wer sich politisch bilden wolle, was übrigens eine unbedingte Notwendigkeit sei, der solle in die politischen Versammlungen gehen. Die Gewerkschaften dürften nicht zum Kampfplatz für parteipolitische Diskussionen werden, wofür er übrigens jede Verantwortung ablehnen müsse. Die Maschinenlehrevereinerung stellte einen Antrag, in dem sie um Unterstützung zur Durchführung einer einheitlichen Arbeitszeit in den Zeitungsdruckereien bat. Sie legten zu diesem Behufe zwei Resolutionen vor; in der einen wurde gegen die Arbeitszeitverhältnisse der Maschinenlehre in einer bismarckianischen, die angeblich die schlechtesten am Orte seien, montiert, in

der andern wurde verlangt, daß nach der bisherigen un-
sartlichen Ausnutzung der Gehilfen seitens der Prinzipale
die Arbeitseinstellung endlich einmal wieder innerhalb der zwölf
Stunden gelegt wird bzw. beendet sein muß. Nach kurzer
Aussprache wurden beide Entschlüsse gegen ein Drittel
der Stimmen angenommen. Der Schluß der Versamm-
lung, bildete eine von einem Kollegen eingebrachte Ent-
schluß: „daß ich gegen das vor längerer Zeit vom dritten
Arbeitsrat ausgesprochene Zeltungsverbot wende und
verlangt, daß hiergegen Protest eingelegt werde; dielebe
wurde aber von der Versammlung einstimmig abgelehnt.“

B. Nürnberg. (Maschinenfeger.) Am 1. Juni
sind in Erlangen eine Bezirksversammlung statt. Der
Vorliegende Müller begrüßte die anwesenden Kollegen
von Nürnberg, Erlangen und Bamberg und verlas eine
Resolution über die zu gründende Bibliothek sachsch-
tlicher Vereinigungen Nürnbergs. Hierauf hielt Kollege
Richard Lange einen Vortrag: „Sanitäts- und Gleich-
strommotor“. In recht eingehender Weise schilderte dieser
die Raum-, Licht- und Luftverhältnisse in den Ge-
maschinenbetrieben, die häufig, fast in den meisten Drucker-
eien, sehr zu wünschen übrig lassen. Der Vorliegende er-
suchte die Betriebsräte der einzelnen Druckereien, haupt-
sächlich ihr Augenmerk darauf zu richten, daß Mißstände
beseitigt würden. Ferner wies Kollege Lange in seinem
Vortrag „Gleichstrommotor“ darauf hin, daß es auch für
die Maschinenfeger von Bedeutung sei, zu wissen, auf
welche Ursachen öftere Störungen am Motor zurück-
zuführen und wie solche zu beseitigen seien. Reicher Bei-
fall lohnte seine Ausführungen. — Nach der Versammlung
sind eine Besichtigung des „Universitäts-Druckerei“ in der
Buchdruckerei Junge & Sohn in Erlangen statt. Die Be-
sichtigung der Erlanger Universitätsbibliothek war hochinter-
essant und lehrreich. Unter persönlicher Führung des Direktors
der Bibliothek wurden Räume und alle Bücherwerke be-
sichtigt. Der Direktor äußerte sich dahin, daß er sich freue,
Jüngern der schwarzen Kunst die Entwicklung und den
Verdang einer neuzeitlich eingerichteten Bibliothek er-
klären zu können. Es sei an dieser Stelle der Geschäfts-
leitung der Buchdruckerei Junge & Sohn sowie dem Di-
rektor der Universitätsbibliothek in Erlangen besonderer Dank
ausgedrückt.

**Wormheim. Die gutbesuchte Allgäuer-Veramm-
lung** am 14. Juni hatte neben Erläuterung der neuen
Steuerungsulage auch über Abhaltung des fünfjährigen
Stellungsfestes beraten, das infolge des 1914 aus-
gebrochenen Völkermordens bis in die heutzige Zeit ver-
schoben werden mußte. Als Termin wurde der 13. Juli
in Aussicht genommen. Dem von der Festkommission aus-
gearbeiteten Programm ist folgendes zu entnehmen: Am
Vormittag findet im Restaurant „Zum Birkenhof“ eine
Bezirksversammlung statt mit dem einzigen Tagesord-
nungspunkte: „Gründung eines Bezirksvereins“. Daran
anschließend gemeinsames Mittagessen für die auswärti-
gen Kollegen im Vereinslokal. Hierauf gemeinsamer
Spaziergang durch die Stadt. Von nachmittags 3 Uhr
ab Vokal- und Instrumentalchor, Feste der des Gau-
vorstehers Klein (Stuttgart), Ehrung des Kollegen Water-
mann anläßlich seiner vierzigjährigen Verbandszugehörig-
keit, Preisquadrateilen, Kinderbelustigung und von 7 Uhr
ab Ball. Auf die Bedeutung dieses Festes besonders hin-
zuweisen, erbringt sich wohl. Die Einführung der Steuer-
ungsulage ging hier glatt vonstatten, wenigstens ein
Ausgleich mit den täglich steigenden Lebensmittelpreisen
dadurch nicht erzielt wird.

S.-G. Plauen i. V. Die Bezirksversammlung des
Bezirks Plauen im Gau Erzgebirge-Vogtland am 15. Juni
war seit fünf Jahren zum ersten Male wieder eine statt-
liche zu nennen; 170 Kollegen aus den Druckorten Plauen,
Reichenbach, Auerbach, Elsdorf, Falkenstein, Oreiz, Olms-
itz, Freyen, Marktkeirchen und Paulawagen trotz schlechter
Verkehrsverhältnisse erschienen. Unser Gau konnte 1918
auf ein fünfzigjähriges Bestehen zurückblicken; von einer
in Obemühl geplanten größeren Feier mußte Abstand
genommen werden, in nächster Zeit erscheint aber eine Fest-
schrift des Gauvorstandes anläßlich dieses Ereignisses.
Kollege Dähne (Chemnitz) gab einen packenden Bericht
über: „Der Gau Erzgebirge-Vogtland in seiner fünfzig-
jährigen Vergangenheit“. In ausführlicher Weise schilderte
Redner den Verdang des Gaus; wichtige Punkte
besonders hervorhebend, und schloß mit dem Wunsch, daß
der Gau weiterhin blühen möge. Dem Vortragenden
wurde reicher Beifall zuteil. Hierauf berichtete Kollege
Schaefer (Leipzig) über die letzte Tarifausgleichung.
Dieser Bericht war ganz besonders in seiner eindringlichen
Art der Vortragungsweise geeignet, den Kollegen ein klares
Bild vom Verlaufe der äußerst schwierigen Verhandlungen
zu geben. Auch diesem Kollegen wurde Dank und Bei-
fall zuteil. Bei der Besprechung der allgemeinen Lage
im Bezirk konnte festgestellt werden, daß von den meisten
Firmen die neuen Steuerungsulagen und die Ferien glatt
bewilligt wurden; bedauerlicherweise bestehen aber an ein-
zelnen Orten noch Unregelmäßigkeiten; einige Firmeninhaber
haben versucht, mit ihrem Personal Sonderabmachungen
zu treffen, um den Schiedspruch zu umgehen. Dieses Ge-
bahren wurde allgemein verurteilt und den in Frage kom-
menden Kollegen anheimgegeben, ein derartiges Ansuchen
zurückzuweisen. Die Verhandlungsskala ist in vielen Drucker-
eien bei der Osterfeststellung überschritten worden; die
Vertragsverträge sind fast alle vor dem Frierende abgeschlossen;
es muß, um für dieses Jahr Härten zu vermeiden, im
nächsten Jahre ganz besonders darauf geachtet werden,
daß eine verminderte Einstellung stattfindet, um Ordnung
in der Verhandlungsskala herbeizuführen. Eine einmütige
Resolution, die einstimmig angenommen wurde, stellt sich
auf den Boden des Schiedspruchs, erhebt aber scharfen
Einspruch gegen das Verhalten einzelner Prinzipale wegen
der versuchten Durchkreuzung desselben und erwartet, daß

alle Mittel angewendet werden, um das durch den
Schiedspruch Erreichte voll zur Einführung zu bringen.
Eine andere einmütige Resolution, der nächste Tarifver-
trag solle vor endgültiger Annahme den Gehilfen zur Ab-
stimmung vorgelegt werden, wurde gegen eine Stimme
abgelehnt. Zum Bezirksvorstehenden wurde Kollege Otto
Meißner gewählt.

r. Ravensburg. Die zum 22. Juni hierher einberufene
Gauversammlung des Bezirksvereins Oberschwaben
war fast vollständig besetzt. Nach Erledigung der her-
kömmlichen Formalitäten ergriß Kollege Klein (Stutt-
gart) das Wort zu seinem Vortrag: „Die gegenwärtige
Lage im Buchdruckgewerbe unter besonderer Berücksichti-
gung der letzten Tarifberatung“. In klarer, übersichtlicher
Weise führte der gewählte Redner den aufmerksam lauschen-
den Zuhörern sämtliche in gegenwärtiger erster Zeit unfer
Gewerbe bewegenden Fragen und Begebenheiten vor
Augen, um dann eingehend Bericht zu erstatten über die
letzten Gavoursteherkonferenzen und Tarifausgleichungen.
Der während und am Ende des Vortrags gependete reiche
Beifall bewies am besten das Einverständnis der Ver-
sammlten mit den Ausführungen ihres Gehilfenvertreter.
Die nach dem Vortrag einsetzende Diskussion war äußerst
sachlich und ließ allgemein erkennen, daß man in Anbe-
tracht der horrenden Steuerung die letztgewählte Zulage
wohl brauchen könne. Bilde dielebe auch keinen vollen
Ausgleich gegenüber den sich noch immer mehr steigenden
Preisen für alle notwendigen Bedarfsartikel, so wolle man
sich doch zufrieden geben in der Erwartung, daß seitens
der Regierung alles geschehe, um möglichst bald einem
allgemeinen Abbau der Preise die Wege zu ebnen. Unsern
Gehilfenvertretern wird für ihre harte, mühevollen Arbeit
wärmster Dank ausgesprochen. Die Ferienbewilligung
wird allgemein als großes Wohlrat empfunden. Der
alle Vorstand und Ausschuss wurden wieder beauftragt und
als Kassierer Kollege Schlegel neugewählt.

Stuttgart. (Schriftfeger.) Die am 17. Juni ab-
gehaltene Versammlung nahm den Bericht von der
Konferenz der Schriftfeger Deutschlands entgegen, der
vom Vorliegenden Billig eingehend erstattet wurde. Die
jährlich Erhaltenen gaben ihre Zustimmung zu den auf
der Konferenz gefaßten Beschlüssen, insbesondere sprachen
sie ihre Befriedigung aus, daß es nennbar gelungen sei,
durch das wiederholte Drängen der einzelnen Großstädte
die Zentralkommission bzw. die Berliner Kollegen zu be-
wegen, die Lohnverhältnisse der in Schriftfegerbetrie-
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen durch Schaffung
eines Normaltarifs zu regeln. Ihr lebhaftes Bedauern
sprachen sie der Zentralkommission gegenüber aus, daß es
nicht gelungen sei, für dieses Jahr eine zentrale Regelung
in der Ferienfrage herbeizuführen, und verurteilte es scharf,
daß Berlin wieder örtlich abgeschlossen habe und dadurch
etwas Einseitiges nicht erzielt werden konnte. In erster
Linie sei aber die Haltung der deutschen Schriftfegerbetrie-
behalter schuld, denen annehmend das nötige Verständnis
in der Ferienfrage fehle, weshalb sie die Sache zu hinter-
treiben oder zu verschleppen wählten, indem sie die Angelegen-
heit den einzelnen Kreisen überweisen hätten. Wir sind
insolgedessen gezwungen, ebenfalls örtlich vorzugehen und
die Prinzipale zu ersuchen, uns ebenso wie in den meisten
andern Betrieben, schon seit Jahren bestehende Ferien zu
gewähren. Doch erwartet die Versammlung von der
Zentralkommission bei den tariflichen Festlegungen ein
energisches Vorgehen. Infolge der seit Anfang Juni statt-
gefundenen Preissteigerung der wichtigsten Lebensbedürfnisse
steht sich die Versammlung veranlaßt, um halbwegs
einen Ausgleich herbeizuführen, eine nochmalige Erhöhung
der bestehenden Steuerungsulagen herbeizuführen, und be-
auftragt die Kommission, sofort die nötigen Schritte zu
unternehmen, es erwartet von Seiten der Arbeitgeber
weitgehendes Einverständnis. Nach Erledigung einiger
interner Angelegenheiten schloß der Vorliegende die sehr
gut besuchte Versammlung.

Z. Jittau. Es hat den Anschein, als hätten einige
Prinzipale es noch immer nicht verstanden, aus der neuen
Zeit, die sich nun eben doch zu ihrem Leidwiden durch-
setzt, die richtigen Nuhaywendungen zu ziehen. In einer
Mauerversammlung wurde einstimmig beschlossen, die schrift-
liche Auhörung eines Prinzipals einem bei ihm früher
tätigen und nun wieder um Arbeit nachsuchenden Kol-
legen gegenüber als die Allgemenheit der Kollegenschaft tief
verleidend, energisch zurückzuweisen. Auch wurde in der
weiteren Aussprache der Interoffizieren eines Prinzipals
arg gertigt. Ein Kollege wurde aufgenommen. Den Be-
richt über die Gavoursteherkonferenz und die nachfolgende
Tarifausgleichung gab Kollege Wendische in der stark-
besetzten Bezirksversammlung vom 15. Juni. In
der Diskussion wurde die Ferienfrage kritisiert. Am Schluß
erklärten sich schließlich die Kollegen mit dem Erreichten
einverstanden, leben aber nun darauf, daß der Schieds-
pruch überall vollständig zur Durchführung gelangt.

Erklärung

Die durch Beschluß der Leipziger Gavoursteherversamm-
lung am 24. Juni mit gegenüber erfolgter Wortverweigerung
läßt mich die Redaktion um Ausnahme einer Erklärung
ersuchen, die inhaltlich das wiedergibt, was ich in der Ver-
sammlung an die Spitze meiner Ausführungen stellen
wollte. Ich hoffe, daß nicht nur die Kollegen Leipzigs,
sondern auch die weitere Kollegenschaft ein gewisses Inter-
esse daran hat, zu erfahren, wie die Dinge in Wirklichkeit
liegen. Es ist eine bedauerliche Ergebenheit, daß die
große Zahl derjenigen, die mich wegen meiner Tätigkeit,
die ich als Beauftragter der sächsischen Landesregierung
bei der Durchführung des über Leipzig verhängten Be-
lagerungsauftrages ausübe, schmählich, nicht im geringsten

danach fragt, in was diese Tätigkeit besteht und aus
welchen Gründen ich mich dazu bereit erklärt habe. Als
ich in der Versammlung die habe- und wuterfüllen Ge-
sichter so vieler — nicht aller — Kollegen sah, als mir
die mühseligen und hallföhligen Beschlüsse in die Ohren
geflissen, hatte ich ein Gefühl des Bedauerns darüber, daß
sich ein großer Teil der Kollegen durch die systematische
Sehe unverantwortlicher Treiber so weit hinreißen ließ.
Nicht um mich zu rechtfertigen (was ich getan, habe ich
vor mir selbst zu verantworten), sondern nur um eine ge-
wisse Aufklärung über mein von so vielen mißverständenes
Handeln zu geben, möchte ich kurz folgendes sagen. Als
ich zwei Tage vor dem Einrücken der Regierungstruppen
in Leipzig von Seiten der Landesregierung gefragt wurde,
ob ich bereit sei, die Stellung eines Beauftragten der Re-
gierung in der Art zu übernehmen, daß ich dem die Opera-
tionen leitenden militärischen Befehlshaber in nicht-
militärischen Dingen beratend zur Seite stehe, habe ich
aus nachstehenden Gründen zugestimmt. Die gegenwärtige
Rechts- und Landesregierung ist hervorgegangen aus dem
freiesten Wahrsatz der Welt. Der Reichsregierung ge-
hören zum größten Teil, der sächsischen Landesregierung
ausschließlich Sozialdemokraten an — Vertreter der Partei,
der auch ich angehöre. Meine Genossen in der Regierung
hätten ein Recht, bei den von ihnen als notwendig er-
kannten Maßnahmen von mir als Parteigenossen eine
Unterstützung zu verlangen, und ich hätte als solcher die
Pflicht, mich zur Verfügung zu stellen — ohne Rücksicht auf
die Folgen, die daraus für mich persönlich entstehen konnten.
Ablehnung wäre Feigheit gewesen. Ich habe also die
Regierungstruppen nicht gerufen, auch nicht darauf hin-
gewirkt. Ich betone aber ausdrücklich, daß ich ihr Ein-
schreiten in Leipzig für geboten erachtete, da es auf die
Dauer unmöglich war, daß ein mit Gewalt der Regierung
entgegenarbeitender Arbeiterall seine das öffentliche Leben
schwer beeinträchtigende Tätigkeit ausüben konnte. Wie
ich meine Tätigkeit ausgeübt habe, werde ich an andrer
Stelle auszuführen Gelegenheit haben. Jedenfalls wird
der Arbeiter vergeblich gesucht werden, der infolge meiner
Tätigkeit zu Schaden gekommen ist. Meine Kollegen
aber, die mich seit Jahrzehnten kennen, möchte ich er-
suchen, vor einer reißenden Verurteilung meiner Person, wie
sie in geradezu widerlicher Weise von gewisser Seite syste-
matisch betrieben wird, auch meine kurz dargelegten
Gründe mit Würdigung zu werten. Im Zeichen politischer
Meinungsfreiheit soll auch dem Andersdenkenden der gute
Glaube an die Berechtigung seines Handelns nicht vor-
enthalten werden, solange ihm nicht unehrenhafte Bewe-
gründe bewiesen werden — und von solchen weiß ich mich
frei. Otto Maun, Leipzig.

Literarisches

„Vor und nach der Revolution.“ Von H. D. Weber. 500 Seiten.
brochirt 8 Mk., gebunden 10 Mk., zugleich 10 Prozent Verlag
von Gebr. Böhm in Leipzig. Der in Würzburg ebenfalls wenig
bekannte Verfasser eines im Jahre 1906 erschienenen Satirebandes
„Das Salz der Erde“, der damals wegen seiner offenen Kritik der
allgemeinen Gesellschafts- und Kulturverhältnisse und des „deutschen
Weltens“ preußischer Überhebung viel Aufsehen erregte und den da-
maligen deutschen Nachbarn ein baldiges neues Tena prophe-
zeite, hat es in dem vorliegenden Werke versucht, die Ursachen der
Revolution und ihre Folgen in ebenso freimütiger Weise zu be-
leuchten. Soweit politische und militärische Fragen in Betracht
kommen, hat er sich nicht an den Arbeiterstandpunkt an den er
Wahlte dieses neuen Buches erregte. Mit erschütternder Offenheit
den gestellten Fragen aller vor Ausbruch der Revolution
maßgebenden Klassen und Gesellschaftsklassen der oberen Zehn bis
untenlaufenden ein Spiegelbild vorgehalten, das deren Kulturfort-
schritt bis auf den letzten Zell zum Verfall bringt. Eine reiche Fülle
von Beispielen aus dem Leben dieser Klassen mit und ohne Orda-
„hinter der Front“ oder wenigstens außer Schußweite der vordersten
Linien wird von jedem Kenner der sozialen Verhältnisse und der
sozialwissenschaftlichen „Sozialökonomie“ als durchaus zutreffend empfunden
werden. Aber auch jeder vernünftige Mensch, den sein Beruf, seine
Tätigkeit, sein Leben mit diesen Verhältnissen nicht in Ver-
bindung kommen ließ, wird aus diesen Schilderungen begreifen, daß
die Revolution nur eine ganz natürliche Folge der Wollst und Le-
bensauswahl bildet. Verrennenlassen war, die über ihren eigenen
Größenwahn und ihre soziale Beschränktheit stolpern mußten. Wel
wenn glücklich ist der Verfasser aber in vielen seiner Darlegungen
volkswirtschaftlicher Art. Hier spricht kein feiner Kenner der Volkswir-
tschaft, sondern ein Mann, der das Volk der Arbeit, und von
letztgenanntem insbesondere die gewerkschaftlich und politisch organisierten
Arbeiter nicht aus eigenem Mißverständnis oder Mitleiden kennt,
sondern nur vom Leben aus, nach äußeren Erscheinungen be-
urteilt. Angenehm bis zu zwei Dritteln des Buches führt man die
Sprache eines Sachverständigen bürgerlicher Dialecten in Wort
wie in Schrift. Von dem Punkt an jedoch, wo der Verfasser es un-
ternimmt, etwas tief in die Volksseele und in der Wärme produktiver
Arbeit zu klettern, sinkt auch seine Diktion, weil sein Verständnis
gegenüber den sozialwirtschaftlichen Problemen, um deren Lösung
das Volk aus der Tiefe ringt und vulkanartig nach oben drängt.
Mit mehr Worten als sozialökonomischen Verständnis stellt der Ver-
fasser seine Forderungen in den Dienst möglichst großer Beschaffenheit und er-
reicht in dem möglichst freier sich öffnender Zustimmung in Lebens-
ideal, das nach seiner Auffassung nur wenigen erreichbar, aber auch
nur wenigen zukommen soll. Die große Masse aber soll nach wie
vor den Arbeitern für sich, für sich, für sich, für sich, für sich, für sich,
genies“ abgeben. Schade, daß so viel Kraft in keine bessere Lösung
des sozialen Problems finden konnte. Der Verlag hat uns zweimal
abgeben, dem Werk in unserm Leserkreis Eingang zu verschaffen;
wir haben uns daher in objektiver Mäßigkeit der Mühe unter-
zogen, den Wert, er durchzulesen und haben dabei zwar Spannung
und Freude an offener Kritik gefühlt, aber zuletzt blieb ein harter
Geist der Enttäuschung zurück, daß so viel Kraft schließlich doch
ihre Ziel verfehlt hat. Für „bürgerliche“ Kreise mag das Studium
dieses Buches ein sehr nützliches Zerkleinerung sein, für die
verwirrtstehende Arbeiterschaft jedoch nur eine Abwechslung ohne
bleibenden Nutzen.

Verschiedene Eingänge

„Bericht der Sachverständigen für Buchdrucker an der Gewerbe-
schule Mannheim über die Ursachen und bisherige Tätigkeit.“
„Mitteldeutsch.“ Technisch-wissenschaftlicher Nachrichtenblatt der
Raumgesellschaft m. b. H., Berlin SW 68. Erscheint monatlich
dreimal. Preis halbjährlich 25 Mk., im Monatsabonnement 12 Mk.
„Die Situation des Politikers.“ Von Julius Borchard
1918. 60 S. Verlag der „Völkischen“, Berlin-Niederschlesien,
Bismarckstraße 1.
(Hierzu eine Beilage.)

Die Aufgaben der Betriebsräte

Im engsten Zusammenhange mit den Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften, die wir bereits in Nr. 53 des „Storr.“ in ihrem vollen Wortlaut unsern Lesern zur Kenntnis brachten, stehen die Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte, wie sie auf dem 10. Gewerkschaftskongress in Nürnberg mit großer Mehrheit festgelegt wurden. In Punkt 7 der dort gleichfalls angenommenen Richtlinien für die künftige Wirksamkeit der Gewerkschaften heißt es bezüglich der Betriebsräte: „Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter muß bei der gesamten Produktion, vom Einzelbetriebe beginnend bis in die höchsten Eptben der zentralen Wirtschaftsorganisationen, verwirklicht werden. Innerhalb der Betriebe sind freigewählte Arbeitervertretungen (Betriebsräte) zu schaffen, die, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und auf deren Macht gestützt, in Gemeinschaft mit der Betriebsleitung die Betriebsdemokratie durchzuführen haben. Die Grundlage der Betriebsdemokratie ist der kollektive Arbeitsvertrag mit gesetzlicher Rechtsgültigkeit.“ Die Aufgaben der Betriebsräte im einzelnen, ihre Pflichten und Rechte sind in den Kollektivverträgen im Sinne der nachfolgenden Bestimmungen zu regeln:

1. In jedem dem Vertrag unterliegenden Betrieb mit mindestens 20 Beschäftigten ist aus den Reihen der über 18 Jahre alten Arbeiter und Arbeiterinnen ein Betriebsrat in gleicher Zahl zu wählen. In Betrieben mit weniger als 20 Beschäftigten vertritt der Vertrauensmann der Gewerkschaft die Stelle des Betriebsrats mit allen diesem aufstehenden Rechten. In den Kollektivverträgen ist die Zahl der Mitglieder des Betriebsrats entsprechend der Zahl der im Betriebe Beschäftigten festzusetzen.

2. Die Wahl des Betriebsrats muß spätestens vier Wochen nach Inkrafttreten eines Kollektivvertrags resp. nach Eröffnung eines neuen Betriebs stattfinden. Sie erfolgt innerhalb des Betriebs unter der Leitung eines Vertreters der am Verträge beteiligten Arbeitnehmerorganisation. Bei der Zusammenlegung des Betriebsrats sind die verschiedenen Kategorien und Branchen der im Betriebe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nach Möglichkeit zu berücksichtigen. Für etwaige Zweigbetriebe ist je ein besonderer Betriebsrat zu wählen. Die Betriebsräte der zu einem Unternehmen gehörigen Teilbetriebe haben sich zur gemeinsamen Vertretung der Interessen der gesamten Arbeitnehmer zu verständigen und nach Bedarf gemeinsam zu tagen.

3. Alljährlich finden Neuwahlen der Betriebsräte statt. Für jede Neuwahl sind die gleichen Vorschriften wie für die erstmalige Wahl. Wiederverwahl ist zulässig. Für auscheidende Mitglieder ist innerhalb vier Wochen nach ihrem Austritt eine Ersatzwahl nach den gleichen Wahlvorschriften vorzunehmen.

4. Der Arbeitgeber hat den Betriebsräten etwaigen Verdienstentgang oder Auslagen, die den Betriebsräten in der Ausübung ihrer Tätigkeit entstehen, in voller Höhe zu ersetzen. Von den während der Arbeitszeit notwendigen Sitzungen ist der Arbeitgeber rechtzeitig zu verständigen.

5. Der Betriebsrat hat das Recht, in allen Betriebsangelegenheiten mitzuwirken, an denen die Arbeiterchaft beteiligt ist oder ein berechtigtes Interesse hat. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, die notwendigen Beratungen des Betriebsrats im Betriebe zuzulassen und auf Verlangen daran mit seinem Rat und den notwendigen Auswärtigen teilzunehmen. Jede Benachteiligung eines Betriebsratsmitgliedes in seiner Beschäftigung und Entlohnung ist vom Betriebsrat resp. von der Schlichtungskommission zurückzuweisen.

6. Der Betriebsrat hat die Pflicht, alle den Arbeitern und Arbeiterinnen gesetzlich und auf Grund eines Kollektivvertrags zustehenden Rechte für dieselben wahrzunehmen und dem Arbeitgeber gegenüber zu vertreten. Er hat dabei das gute Einvernehmen der Arbeiterschaft untereinander und mit dem Arbeitgeber ebenso wie das gemeinsame Interesse an einem vorzeitigen Fortgange des Betriebs zu berücksichtigen. In Gemeinschaft mit dem Arbeitgeber hat der Betriebsrat sein Augenmerk auf die Bekämpfung der Unfälle und Gesundheitsgefahren in dem Betriebe zu richten und die Gewerkschaftsbeamten und andere in Betracht kommende Stellen bei dieser Bekämpfung zu unterstützen. Beschwerden des Arbeitgebers oder der Arbeitnehmer über ein dieser Vorschriften zuwiderlaufendes Verhalten des Betriebsrats sind durch die Schlichtungskommission zu entscheiden.

7. Im einzelnen hat der Betriebsrat mitzuwirken:

- a) bei Einstellungen und Entlassungen im Betrieb. Entlassungen dürfen nur nach Anhörung des Betriebsrats erfolgen;
- b) bei der Einstellung und Verwendung von Frauen und Jugendlichen zur Verrichtung von Männerarbeit;
- c) bei der Beschaffung kurzzeitiger Arbeitskräfte wegen Mangels an Aufträgen oder von Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeiten in Fällen dringender Notwendigkeit. Der Betriebsrat hat

- d) das Recht, bei jeder Lohn- oder Akkordvereinbarung mit den einzelnen Arbeitern oder Arbeiterinnen des Betriebs mitzuwirken. Er ist insbesondere in jedem Streitfalle hinzuzuleben, wobei er zu vermitteln und auf eine Einigung im Sinne des Kollektivvertrags hinzuwirken hat. Entlassungen wegen Lohn- und Akkordstreitigkeiten dürfen nicht erfolgen, solange nicht der Betriebsrat zur Schlichtung herangezogen wurde. Die Lohnbücher sind dem Betriebsrat auf Verlangen vorzulegen;
- e) bei der Regelung der Ferien für Arbeiter und Arbeiterinnen die Reihenfolge des Ferienantritts in Gemeinschaft mit dem Betriebsleiter festzusetzen;
- f) bei Beschwerden über die Beschäftigung und Behandlung der Lehrlinge mitzuentscheiden;
- g) bei vorhandenen Mängeln in der Unfallverhütung und den gesundheitlichen Einrichtungen des Betriebs einzugreifen;
- h) zur Schlichtung von Streitigkeiten jeder Art im Betrieb ist zuerst der Betriebsrat anzurufen.

8. Der Betriebsrat ist berechtigt, die Arbeiterschaft des Betriebs zu Versammlungen einzuberufen, die sowohl innerhalb wie außerhalb des Betriebs stattfinden können. Während der Arbeitszeit dürfen Betriebsversammlungen nur in dringenden Fällen und nicht ohne Vorwissen des Arbeitgebers oder seines Stellvertreters stattfinden. An Versammlungen, die im Betriebe stattfinden, kann der Arbeitgeber in jedem Falle mit beratender Stimme teilnehmen.

9. An den Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat können Vertreter der beteiligten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen teilnehmen. Sie dürfen weder vom Arbeitgeber noch von den Arbeitnehmern des Betriebs zurückgewiesen werden.

Was in den vorstehenden Bestimmungen über die Aufgaben der Betriebsräte vom Gewerkschaftskongress festgelegt wurde, geht wesentlich weiter als der Gesetzentwurf über die Errichtung von Betriebsräten vom 15. Mai 1919 auf dessen Anzulänglichlichkeit der Kongress in einer Resolution hinwies mit dem Bemerkten, daß die Zustimmung der Arbeitervertreter zu jener Gesetzesvorlage nur dann erfolgen darf, wenn darin das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in allen Arbeiterangelegenheiten zum Ausdruck kommt. Die Gewerkschaften betrachten das Rätekriterium lediglich als eine Frage der Zweckmäßigkeit. Der Grundgedanke der Betriebsräte ist so all wie die Gewerkschaften selbst. Die Betriebsvertrauensmänner haben immer die Grundlage der gewerkschaftlichen Organisation gebildet, und ihr zweckentsprechender Ausbau auf dem Wege freier Vereinbarung zur Durchführung der wirtschaftlichen Demokratie ist eine dringende Notwendigkeit geworden, der sich keine Gewerkschaft und kein Gewerkschaftsführer entziehen kann und darf.

Um dieses Ziel zu erreichen, wollen die Gewerkschaften nicht warten, bis eine gesetzliche Regelung erfolgt ist. Die Betriebsräte sollen die Vertreter der Betriebe sein. In den Gemeindebezirken oder größeren Wirtschaftsgebieten sollen die aus Urwahlen mit beruflicher Gliederung hervorgehenden Arbeiterräte neben den innerhalb der allgemeinen Wirtschaftsorganisation ihnen gesetzlich zugewiesenen Pflichten und Rechten auch die sozialen und kommunalpolitischen Aufgaben der bisherigen örtlichen Gewerkschaftskartelle übernehmen. Die Ausgestaltung der Arbeiterräte muß im Sinne der früher erstellten Arbeiterkammern erfolgen. Außer den örtlichen Arbeiterräten sollen Arbeitervertretungen für größere Bezirke und für das Reich auf Grund von Urwahlen nach dem Verhältniswahlssystem besetzen werden. Diese sollen sozialpolitische und wirtschaftspolitische Angelegenheiten als Selbstverwaltungsorgane der Volkswirtschaft (Wirtschaftskammern) behandeln, Gesetzentwürfe ausarbeiten und begutachten. Einen darüber hinausgreifenden politischen Einfluß für die Arbeiterräte zu erstreben, kann unmöglich Sache der Gewerkschaften sein. In diesem Punkte trennen sich die Wege derjenigen, die auf dem Wege der Demokratie zur Verwirklichung des Rätekriteriums kommen wollen, von jener Richtung, die durch die Diktatur des Proletariats zu diesem Ziele zu gelangen hofft. Hier liegt der eigentliche Kernpunkt des ganzen Streites über die Rätekfrage. Je nach dem Standpunkte des einzelnen zur Demokratie oder zur Diktatur wird er sich für oder gegen den Reichstag des Nürnberger Gewerkschaftskongresses in der Frage der Betriebsräte zu entscheiden haben. Die Gewerkschaften sind schon lange vor der Revolution für die Erweiterung des demokratischen Mitbestimmungsrechts der Arbeiterschaft eingetreten, und zweifellos wird es ihnen mit Hilfe der Betriebsräte gelingen, zur Betriebsdemokratie zu gelangen und die soziale Revolution weiter vorwärts zu treiben. Es kommt wahrhaftig nicht darauf an, durch die Verwirklichung des Rätekriteriums und jede Handlung der Betriebsräte zu reglementieren, ihnen damit gewissermaßen einen Rettungsring zu

zuwerfen, an den sie sich klammern können. Der Geist ist es, der lebendig macht. Machen wir es wie Lenin, der aus dem Vorlaufe der russischen Revolution die Nutzenanwendung gezogen hat: Erst das Einfache organisieren und durchführen und dann an das Kompliziertere — die Sozialisierung — herangehen. Die Hauptsache ist und bleibt, daß die besten Köpfe in die Betriebsräte entsandt werden, daß sie dort in enger Fühlung mit ihrer Berufsorganisation wirken und — daß die Betriebsräte von ihren Mitarbeitern im Betriebe selbst in entscheidenden Momenten nicht im Stich gelassen werden, ein Kapittel, von dem mancher frühere Vertrauensmann ein Liedchen singen kann.

□ □ □ Rundschau □ □ □

Buchdrucker im Arbeiterrat. In Pabitz i. Pom.: Max Schmidt. — In Frankfurt a. d. O.: Reinhold Steverl. — In Leipzig: Rudolf v. d. La, Adolf Böhrer, Richard Böhrer, Paul Böttcher, Carl Brendel, Bruno Dreher, Hermann Franke, Walter Freitag, Arno Grabner, Georg Haack, Leopold Hesselbarth, Otto Hofmann, Kurt Kausch, Friedrich Kerschmer, Max Lange, Otto Merkel, Albert Meier, Otto Mplau, Friedrich Nüchtern, Artur Scheller, Albert Wolf und Hans Seunert.

Schaffung von Arbeitsgelegenheit. Aber dieses Thema sprach kürzlich, wie wir einer Notiz in der „Zeitschrift“ entnehmen, der künstlerische Betrat am Stadttheater zu Düsseldorf, Herr A. Westphal. Er trat besonders für eine Verbindung von Kunst und Handwerk ein und betonte dabei, daß die Kundenwerbung oder die Reklamekunst von Handel und Industrie ein ganz bevorzugtes Arbeitsgebiet umfasse. Auf diesem Gebiete müsse mehr als bisher geschehen, denn ohne die Hilfe der Reklamekunst würde die heutige Volkswirtschaft nicht mehr gedeihen können. „In Wien, München, Dresden und Leipzig“, sagte Westphal, „geben die Behörden infolgedessen erfreulichen Beispiele voran, als sie ihre Trudlfachen nach neuzeitlichen Geschmacksregeln herstellen lassen. Die handelsrechtlichen Großbetriebe und der Privatbedarf folgen.“ Der Genannte appellierte jedoch an die Handels- und Gewerkekammern, damit diese dazu übergehen, künftige Vorbildersammlungen für kaufmännische, industrielle, kunstgewerbliche und handwerkliche Zwecke zu schaffen. Auf diese Weise könnten unter verständiger Zusammenarbeit aller Beteiligten mannigfache Arbeitsmöglichkeiten für das graphische Gewerbe geschaffen werden. Das ist ein sehr beachtenswerter Standpunkt; die Anregung muß man unbedingt befrworten.

Teuerungszulagen- und Ferienbewegung der Hilfsarbeiter. In Stuttgart wurden durch Verhandlungen zwischen den beiderseitigen Vertretern folgende Vereinbarungen getroffen: Rückwirkend vom 19. Mai d. J. ab erhalten ledige männliche Hilfsarbeiter bis zu 16 Jahren 8 Mk., solche im Alter von 16 bis zu 20 Jahren 10 Mk., von über 20 Jahren 12 Mk., verheiratete männliche Hilfsarbeiter 14 Mk., neue Teuerungszulage pro Woche; weibliches Hilfspersonal im Alter bis zu 16 Jahren 8 Mk., von 16 bis zu 20 Jahren 10 Mk., über 20 Jahre 12 Mk. pro Woche; Rotationshilfsarbeiter in Zettlungsbetrieben von 16 bis zu 20 Jahren 12 Mk., von 20 bis zu 24 Jahren 15 Mk., über 24 Jahre 17 Mk. in der Woche. An Ferien wurden gewährt: bei einer Beschäftigungsdauer von einem Jahre 3 Tage Urlaub, von fünf Jahren 6 Tage und von zehn Jahren 10 Tage Urlaub. Die Hilfsarbeiterkasseler von Hannover halle Anfang Mai eine neue Teuerungszulage von wöchentlich 12 Mk. für das männliche Personal und 5 Mk. für das weibliche Personal bewilligt erhalten. Hierzu kommen nach nochmaligen Verhandlungen folgende Sätze: für Zettlungsbetriebe 13 Mk. für männliche, 9 Mk. für weibliche Hilfsarbeiter; für gemischte Betriebe 9 Mk. für männliche, 6 Mk. für weibliche Hilfsarbeiter; die Zulagen haben rückwirkende Kraft ab 5. Mai. Die Ferien betragen nach einem Jahre 4 Tage, nach drei Jahren 6 Tage und nach zehn Jahren 10 Tage. In Bielefeld kam durch Verhandlungen ein Tarif für die Arbeiter und Arbeiterinnen in den Buch- und Steindruckereien zustande. Nach diesem betragen die Lohnsätze für männliches Personal, beginnend mit 21 Mk. pro Woche für vierzehnjährige Hilfsarbeiter, bis zu 58 Mk. Verheiratete über 25 Jahre erhalten 13 Mk. wöchentlich; Nachtarbeiter in der Woche einen Zuschlag von 6 Mk. zu ihrer Entlohnung. Die Lohnsätze für das weibliche Personal sind je nach dem Alter auf wöchentlich 20, steigend bis zu 33 Mk. festgelegt worden. Angelernten erhalten pro Woche 2 Mk. mehr. Diese Sätze erstrecken keine rückwirkende Kraft; es wurde jedoch eine sogenannte Entlohnungsschleife in Höhe von 10 bis 40 Mk., je nach dem Alter der Arbeiter oder Arbeiterinnen, zugelassen. Nach dem neuen Tarif der Beschäftigten werden 3 Arbeitstage, nach drei bis vier Jahren 5 und nach fünf Jahren 6 Arbeitstage Urlaub gewährt. Der Tarif gilt

bis zum 31. August d. J. und läuft stillschweigend je ein Vierteljahr weiter, wenn er nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Beste Anzeigenpreise und Rabattsätze. Die Hauptversammlung des Vereins Württembergischer Zeitungsverleger, die kürzlich in Stuttgart abgehalten wurde, nahm unter anderem Stellung zur Frage der Schaffung fester Anzeigenpreise und Rabattsätze. Folgende Richtlinien wurden aufgestellt: 1. Jede Zeitung soll bis zum 1. Oktober 1919 einen verbindlichen Anzeigenpreis nach bestimmtem Zellenmaße festsetzen; 2. die Zeitungspreise müssen am Kopf einer jeden Zeitung veröffentlicht und dem Vereinsarchiv mitgeteilt werden; 3. der höchstzulässige Rabatt ohne jede Ausnahmevergütung darf selbst für die kleinste Zeitung nicht mehr als 40 Proz. betragen; 4. die Zahlungsfrist wird auf längstens vier Wochen nach Rechnungsstellung eingedämmt; 5. die Vermittlungsgebühr für die Annoncenergebnisse soll endgültig durch eine Vereinbarung des Anzeigenausschusses mit den größten Annoncenerpeditionen geregelt werden.

Außenhandelsstelle für das Papierfach. Zwecks Beratung in Ein- und Ausfuhrfragen im Papierfach und Vereinfachung von Ausfuhrbewilligungen hat das Reichswirtschaftsministerium im Vereine mit den Fachorganisationen die Einrichtung einer Außenhandelsstelle für das Papierfach in die Wege geleitet. Die Tätigkeit dieser Stelle soll sofort beginnen.

Mustermesse in Mech. Eine solche, und zwar eine französische, wird für Mai 1920 geplant. Es ist bereits ein Aktionskomitee gewählt worden, das die Einzelarbeiten bearbeiten und die Ausstellung vorbereiten soll.

Die Fünfsigmarke. Die Reichsbank hat den Druck und die Ausgabe der neuen beiden in Umlauf befindlichen Sorten von Fünfsigmarken eingeleitet. Für die erste Sorte ist der Auftrag beantragt und ihre völlige Einziehung bis Anfang September vorgesehen. Die Vorbereitungen für einen neuen Fünfsigmarken sind im Gange, auch sollen wieder Sondermarken zur Ausgabe gelangen.

Kaufmannsgewerkschaft. Auf der dieser Tage in Hamburg stattgefundenen außerordentlichen Hauptversammlung des „Kaufmännischen Vereins von 1858“ wurde die Umformung in eine zeitgemäße Gewerkschaft endgültig beschlossen. Nach den vorgelegten Satzungsänderungen, die einstimmige Annahme fanden, steht der Verein auf streng gewerkschaftlichem Boden. Eine Gewerkschaftshilfe zur Unterstützung bei Streiks, Gehaltsbewegungen usw. wird geschaffen. Auch wurden die Zusammenkünfte an die Stellenlokalität und an die sonstigen Hilfsmittel bedeutend erhöht.

Erhöhung der Postgebühren. In Anbetracht der Steigerung der Kosten des Postverkehrs und Postdienstleistungen werden seit dem 10. Juli für die Abtragung und Einlammlung der Postsendungen erhöhte Gebühren erhoben, und zwar für die Einlammlung bei Vorauszahlung durch den Absender für jede Brieffendung, Postanweisung, Zahlungsanweisung sowie für jeden Wertbrief im Ortsbestellbezirk 50 Pf., im Landbestellbezirk 1 Mk.; für jedes Paket im Ortsbestellbezirk 75 Pf., im Landbestellbezirk 1,50 Mk.; für jedes Telegramm an Empfänger im Landbestellbezirk 1 Mk. Bei der gewöhnlichen Bestellung für Pakete im Ortsbestellbezirk bei den Postämtern erster Klasse für jedes Paket bis 5 kg einschließlich 30 Pf., für jedes schwerere Paket 40 Pf., bei den übrigen Postanstalten (Postämtern zweiter und dritter Klasse und Postagenturen) für jedes Paket bis 5 kg einschließlich 20 Pf., für jedes schwerere Paket 30 Pf., im Landbestellbezirk für jedes Paket bis 2 1/2 kg einschließlich 20 Pf., für jedes schwerere Paket 40 Pf., für Postanweisungen, Zahlungsanweisungen bis 1500 Mk. und Wertbriefe bis 1500 Mk. für jede Sendung 10 Pf., für Zahlungsanweisungen und Wertbriefe über mehr als 1500 Mk. für jede Sendung 20 Pf. Für die Einlammlung von Einschreibbrieffendungen, Postanweisungen, Zahlkarten und Wertbriefen für jede Sendung 10 Pf., für Pakete im Ortsbestellbezirk 30 Pf., im Landbestellbezirk bis 2 1/2 kg einschließlich 20 Pf. und für schwerere 40 Pf. für jede Sendung. Die Verteuerung trifft auch das Bestellgeld für Zeitungen. Statt 2 Pf. werden jetzt mindestens 5 Pf. für wöchentlich einmal und seltener auszugehende Zeitungen berechnet, ebenso für jede weitere wöchentliche Abtragung und für amtliche

Berordnungsblätter. Eine siebenmal wöchentlich erscheinende Zeitung kostete bisher 14 Pf. im Monat, in Zukunft 35 Pf., eine vierzehnmal abzutragende Zeitung 70 Pf. 24 Pf.

Briefkasten

Th. B. in B.: Wird aufgenommen; im übrigen besten Dank und Gruß! — **P. O. in B.:** Gut getroffen. Größt. Gruß! — **A. W. G. in B.:** Wird aufgenommen. — **O. C. in Leipzig:** Gut gemeint, aber unmöglich. Wir müssen uns nicht ohne Grund in die britischen Parteifreitragenden ein. Die „Österreicherrückführung“ wird auch ohne mich eintreffen. — **O. B. in Nürnberg:** Besten Dank und Gruß! — **A. P. in D.:** Besten Dank! Wir werden eventuell auf die Sache noch einmal zurückkommen. — **Grüß! — S. A. in Grl.:** Ihre Bescherme wurde dem hiesigen Zeitungsposamt übermitteln. — **O. A. in B.:** 3,10 Mk.

Berichtungs-Kalender

Berlin. Maschinenmeister-Generalversammlung Dienstag, den 15. Juli, abends 7 Uhr, im „Wilkes Festsaal“, Schönhaarstraße 39.
Breslau. Allgemeine Buchdrucker-Versammlung und anschließende Ortsvereinsversammlung Mittwoch, den 16. Juli, abends 7 Uhr, im „Mollers Festsaal“, Frankfurter Straße 109.
Berlin. Bezirksversammlung Sonntag, den 20. Juli, vormittags 10 Uhr, im „Felsenkeller“, Sonnenstraße 5.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikell: Gewalt richtet sich selbst! — Die Aufgaben der Betriebsräte.
Korrespondenzen: Kalen. — All-Neußling. — Berlin (Sch.). — Bielefeld (M.M.). — Braunschweig. — Duisburg. — Düsseldorf. — Oberfeld-Barmen. — Gießen. — Göttingen. — Gumburg. — Hamburg (M.M.). — Hirschberg. — Jena. — Köln (M.S.). — Leipzig. — Leipzig (Sch.). — Leipzig (Sch.). — Leipzig. — Nürnberg. — Nürnberg (M.S.). — Pforzheim. — Pflauen. — Ravensburg. — Stuttgart (Sch.). — Tübingen.
Erklärung: O. Mplau (Leipzig).
Ausgaben: Buchdrucker im Arbeitsrat. — Schaffung von Arbeitsstellen. — Teuerungszulagen und Ferienbewegung der Hilfsarbeiter. — Freie Anzeigenpreise und Rabattsätze. — Außenhandelsstelle für das Papierfach. — Mustermesse in Mech. — Die Fünfsigmarke. — Kaufmannsgewerkschaft. — Erhöhung der Postgebühren.
Literarischer: „Vor und nach der Revolution.“

Die Verbandsgeschichte

muß ein jeder Kollege so in Besitz haben, um sie geistig jederzeit für die Organisationsarbeit der Gegenwart verwenden zu können. Alt und jung hole Verfümmtes nach! Bestellungen bei den Vorständen.

Buchdrucker-Gesangverein

„Typographia“ München „Gutenberg“ 1876 1894

Den verehrlichen Brudervereinen, Gesangstreunden und ehemaligen Mitgliedern zur gest. Kenntnisnahme, daß sich die beiden Münchner Kollegengesangvereine, Männergesangverein „Typographia“ und Gesangverein „Gutenberg“, am 1. Juli d. J. unter vorstehenden Namen zu einem Vereine zusammengeschlossen haben. Eventuelle Zuschriften werden erbeten: Vereinslokal „Högerbräu“, Tal.

„Graphischer Materialienmarkt“

Sie hebt im gesamten Wirtschaftslieben vor sich gehenden grundlegenden Umwälzungen machen es jedem Buchdrucker nachgerade zur Pflicht, sich laufend über die Lage im gesamten Gewerbe und über die Möglichkeit zur Schaffung freierer, allen Teilen Rechnung tragender Zustände zu orientieren. Der wöchentlich erscheinende „Graphische Materialienmarkt“ bietet in dieser Hinsicht die beste Quelle, welche erschöpfend über die Lage und die Notwendigkeiten im Gewerbe berichtet.

„Graphischer Materialienmarkt“

Zeitspreis durch die Post 2,50 Mk., vom Verlag unter Kreuzband 3,50 Mk. pro Vierteljahr.

Aus dem Inhalte der ersten Nummer: — Zwingende Notwendigkeiten — Die Frage der Sozialisierung im graphischen Gewerbe — Was andre von uns denken — Herstellungsjahren — Eindringen ausländischen Kapitals in unsere Industrie — Sparen heißt nicht sich einschränken (Ein Beitrag über Zeitungsdruck) — Das Ordnen des Lettermaterials — Etwas über die Reklame — Reklame? — Werbearbeit — Lithographie — Prüfung sogenannter empfindlicher Farbstoffe — Rundschau — Geschäfts- und Personalnachrichten — Zeitungen und Zeitdrucken.

Verlag: „Graphischer Materialienmarkt“, Leipzig, Banerische Straße 47.

„Küchlinger Linotypsetzer“

mit längerer Praxis zum sofortigen Eintritt gesucht. [101] „Duisburger Volkszeitung“, Duisburg.

Glachstereotypen

und
Galvanoplastiker

selbständiger, laudierter Meister, in allen Facharbeiten, möglich auch in Plattenarbeit, Störungen und Schmelzarbeiten geübt, zum 21. Juli oder früher für unsere kleine Hausanstalt gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften und Lohnforderung erbeten. [194] Drucker-Gesellschaft Hartung & Ko., W. m. B. S., Hamburg 25.

Wir suchen [14] **Schriftgießer** an Hand- und Komplettmachine und **Fertigmacher** für dauernde Stellung. Schriftgießerei Rudwig & Meyer, Frankfurt a. M.

Schriftgießer für Feuchter-Komplettmachine u. Weher für Berliner und amerikanische Handmaschinen gesucht. [182] Gebr. Alingspor, Offenbach a. M.

Mehrere **Schriftgießer** zu sofortigem Eintritt für dauernde Arbeit. [161] Otto Wessert, Schriftgießerei, Stuttgart.

Schriftgießer (Werk- und Abzügen), 20 Jahre alt, sucht für sofortige Stellung. Gest. Angebote erbeten. Einlad. Briefe, 1110 Neu-Sachsen u. Mesch, D.-L. (Sch.).

Junger, tüchtiger **Abzügen- u. Insetzsetzer** sucht dauernde Stellung ab 1. August. Gest. Angebote mit Lohnangabe erbeten unter Nr. 100 an die Geschäftsstelle d. Zl.

Junger, fleißiger **Galvanoplastiker** sucht Stellung ab 1. September. Gute Zeugnisse vorhanden. Angebote mit Lohnangabe erbeten unter Nr. 105 an die Geschäftsstelle d. Zl.

Junger, fleißiger **Galvanoplastiker** 26 Jahre alt, sucht für sofort oder später Stellung, ganz gleich wohn. Werte Off. unter Nr. 73 an die Geschäftsstelle d. Zl.

Dresdner Buchdrucker-Gesangverein

Sonntag, den 20. Juli. [109]

Ausflug

nach Pirna, Postsaal, Postsaal Grund, Wochelhal, Dorf Wehlen (Schloß „Zur Eiche“), Altwalde, Kohnen (Schloß „Zur Eiche“), Abfahrt 10,30 Uhr vom Hauptbahnhof (Schloß). Fahrkarte Pirna 4 Mk. 60 Pf. Rückfahrt von Kohnen 7,10 Uhr 30 Pf. Die Abfahrt der Fahrkarten wird eine Stunde vor Abgang des Zuges empfohlen.

Teilhaltung Photo-Apparate aller Art

Photogr. Artikel Kataloge umsonst u. portofrei. **Jonass & Co., Berlin P. 407** Belle-Alliance-Str. 7-10.

Man bestell und erhält bei nur 3 Mk. Abzahlung monatlich die billigste Ausgabe von [93]

Marlitts sämtl. Romane

18 Bände für nur 25 Mk.
C. S. Otto & Co., Berlin - Nickerlebe.

Neu erschienene Broschüre! **Die Hochdruckgravüre** neue Erfindung, Mittheilung i. Strich- u. Schwarz-Weiß-Druck ohne Metall o. Zinn. Buchdruck, nebst ein. Anhang. **Die Harzstereotypie** 1. M. Groß, Berl. S. Slegl, Münchens, Kolumbusstraße 1. Für Berlin bei S. Schieffler, Angelufer 14/15. Für Leipzig bei Müller, Verband der Deutsh. Enpogr. Geellsch.

Wie soll ich zurichten?

Ein Zeilsatz z. Aufbau der Zurichtung in allen Druckarten auf Schnellpresse u. Regel, 112 S., 22 Abb., 20 Kgl., a. Kunst-Druck, geb. postfr. 2,15 Mk.; ferner **Der Buchdrucker am „U-B.“** Ein Ratgeber z. Einstellung des Universals-Bogenführers auf alle Papierarten; 93 S., Oktav, 55 Abb., geb. 1,55 Mk., postfr. geg. Voreinsend. ob. Nachn. v. Berl. M. Rauch, Stuttgart, Ludwigsstraße 20.

Graphische Fachklassen

Entwurf und Werkstatt-Ausbildung. Zuschüsse durch die Barmen. Kunstgewerbeschule Barmen.

Mhlen und Pinzetten

solwie alle Werkzeuge für Seher u. Drucker empfiehlt A. Slegl, München, Kolumbusstr. 1. Katalog 25 Pf.



Teilhaltung Photo-Apparate

Photogr. Artikel Kataloge umsonst u. portofrei. **Jonass & Co., Berlin P. 407** Belle-Alliance-Str. 7-10.

Kriegszeitungen, Gelegenheitsdrucke, Fliegerzeitel

u. w. haull Ingenieur Mänckmiller, Wann.

Der Buchdruckerwerkführer **Rudolf Siedler** geboren am 5. Dezember 1885 in Orper, wird zwecks einer wichtigen Mitteilung um Angabe seiner Adresse gebeten unter Nr. 97 an die Geschäftsstelle d. Zl.

Unserm lieben Kollegen, Herrn Doktor [103]

Emil Eiche

zu seinem vierzigjährigen Verbandsjubiläum die herzlichsten Glückwünsche!

Die Kollegen der FFB-Gesellschaft Berlin-Gesellschaft.

Zu meinem 25jährigen Jubiläum als Savorvortler sind mir von Korporationen, aus Kollegen und Gewerkschaftskreisen viel außerordentliche Beweise von Achtung und Ehrung zu gegangen, wie ich kaum geahnt habe. Für die mir dargebrachten wunderbaren und prunkvollen Präsenten, künstlerisch ausgeführten Adressen und Glückwünsche heihen Dank! Allen, die diesen Tag zu einem Freudenfest für mich gemacht haben, drücke ich im Geiste die Bruderhand. Dresden, 6. Juli 1919. Heinrich Wenzsche.

Am 3. Juli verstarb nach kurzem Leiden eines unserer ältesten Mitglieder, der Seher [111]

Otto Köhler

im Alter von 62 Jahren. Wir werden auch diesem treuen und braven Kollegen ein ehrendes Andenken bewahren. Bezirksverein Bromberg.

Am 2. Juli verstarb in Wolfenbüttel nach langem, schwerem Leiden unser lieber Kollege und treues Mitglied, der Seher [109]

Friedrich Sille

im Alter von 23 Jahren. [99] Ihre seinem Andenken! Bezirksverein Braunschweig.

Am 3. Juli verstarb nach längerem Leiden unser lieber Kollege [1104]

Jakob Haberlern

im Alter von 47 Jahren. Wir werden demselben ein ehrendes Gedächtnis bewahren. Bezirksverein Mannheim.